Über die wirtschaftliche Lage der albanischen Werktätigen Seite 11 1 H 3752 CX

Proletarier aller Lander und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

RUB Bochum
Inst. z. Gesch. d. Arbeiterbew.
82D 3426

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 18, 4. Mai 1979 | 13. Jahrgang | 50 Pfennig

Stahlbarone wollen aus Profitgier Freischichten abgelten

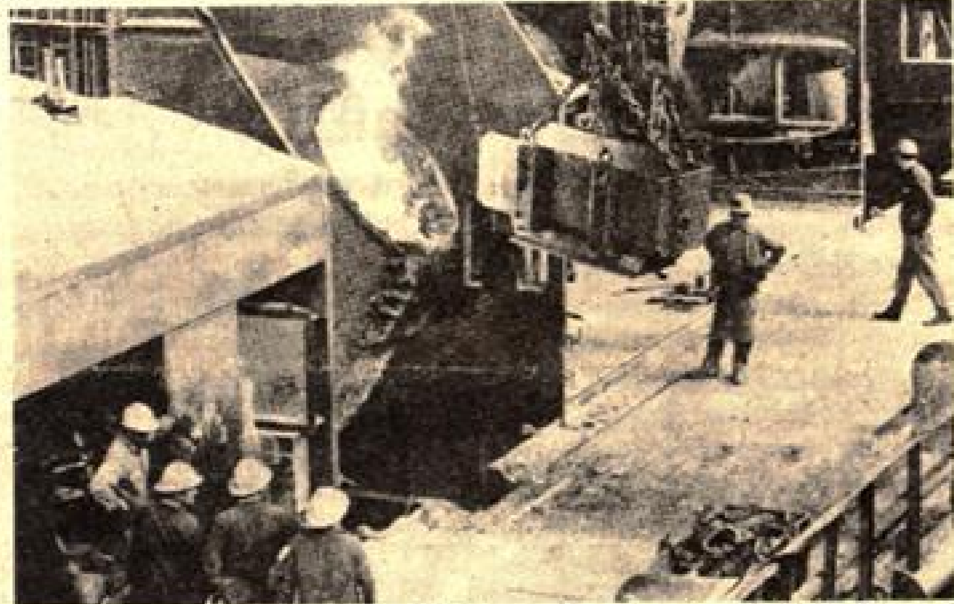
Kampf der Arbeitsplatzvernichtung!

Der Unternehmerverband Eisen und Stahl hat seine 32 Mitgliedsfirmen aufgefordert, die im neuen Manteltarifvertrag festgelegten zusätzlichen Freischichten entweder finanziell abzugelten oder so zu gewähren, daß die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze trotzdem vermieden werden kann.

Nach 44 Tagen Streik wurden die Stahlarbeiter dank des Verrats der IGM-Führung mit einigen zusätzlichen bezahlten Freischichten abgespeist. Gekämpft hatten sie für die 35-Stunden-Woche. Loderer, Herb und Konsorten jedoch stimmten einem Tarifvertrag zu, der die 40-Stunden-Woche für fünf Jahre festschreibt. In eben dieser Zeit planen die bundesdeutschen Stahlbarone die Vernichtung von 50000 Arbeitsplätzen!

Der arbeitsplatzsichernde Effekt einiger Freischichten ist ohnedies schon minimal und kann niemals eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit ersetzen. Die IGM-Führer aber verzichteten sogar darauf, eine Klausel in den Tarifvertrag zu bringen, die wenistens die ordnungsgemäße Einarbeitung der Freischichten in den Jahresschichtplan gesichert hätte. Das können die Bosse jetzt ausnutzen.

Jetzt kommt den Stahlbaronen auch die extrem niedrige Lohnerhöhung (4 Prozent bei 15 Monaten Laufzeit) doppelt zustatten. Wer Ebbe auf dem



Lohnkonto hat, der läßt sich eher dazu drängen, statt Freizeit Geld zu nehmen.

Die Stahlproduktion in der Bundesrepublik ist gegenüber dem Vorjahr um 10 Prozent gewachsen. Die Kapitalisten aber weigern sich, in entsprechendem Maße zusätzliche Arbeitskräfte einzustellen. Im Gegenteil. In ihrer Gier nach höherem Profit halten sie an ihren Arbeitsplatzvernichtungsplänen fest.

Deshalb müssen die Parolen der Stahlwerker heißen: Kampf der Arbeitsplatzvernichtung! Gegen Abgeltung der Freischichten und für die Schaffung entsprechender zusätzlicher Planstellen. Außerdem: die Lohnerhöhung war viel zu niedrig, es muß ein Nachschlag her! Der Kampf für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich muß weitergeführt werden!

Manteltarifabschluß in der Süßwarenindustrie

Almosen statt 35-Stunden-Woche

Über eineinhalb Jahre waren die Manteltarifverhandlungen für die rund 60000 Beschäftigten der Süßwarenindustrie verschleppt worden. Der Abschluß, den die NGG-Bonzen jetzt unterschrieben haben, entspricht dem Konzept, das erstmalig in der Zigarettenindustrie und dann in der nordrhein-westfälischen Brauindustrie verwirklicht wurde.

Wichtigster Punkt: Wechselschichtarbeiter erhalten einige bezahlte Freischichten in Jahr und zwar bis 1982 bis zu fünf.

Ein zweiter Punkt, der recht spektakulär klingt und als besonders sozial groß herausgestellt wird, betrifft in Wirklichkeit nur eine verschwindend kleine Zahl von Beschäftigten: Kolleginnen und Kollegen ab 60 Jahren und mit mindestens zwölfjähriger Betriebszugehörigkeit erhalten 18 bezahlte freie Tage im Jahr. In welcher Form diese Freizeit allerdings gewährt wird, ob als Zusatzurlaub oder wie immer, soll von den Interessen des Unternehmers bestimmt sein.

Ansonsten enthält der Vertrag noch eine sehr magere Erhöhung des Jahresurlaubs und einige andere kleine Verbesserungen.

Die Unternehmer kommen alles in allem sehr billig weg. Von einem arbeitsmarktpolitischen Effekt zu sprechen, wie die NGG-Führung es tut, ist eine maßlose Übertreibung. Am Maßstab der 35-Stunden-Woche gemessen, bringt der neue Manteltarifvertrag nicht mehr als ein paar Almosen. Die 40-Stunden-Woche aber ist nun in einem weiteren Industriezweig für fünf Jahre festgeschrieben.

Zionistische Aggression gegen den Libanon

Splitterbomben gegen Zivilbevölkerung

In der letzten Woche haben die israelischen Zionisten ihre militärischen Aktionen und Angriffe gegen die Flüchtlingslager der Palästinenser im Libanon fortgesetzt. Seit neuestem setzen die Zionisten auch die mörderischen Splitterbomben aus den USA gegen die libanesische und palästinensische Zivilbevölkerung ein.

In der Nacht zum Dienstag griffen israelische Marine- und Armee-Einheiten Palästinenserlager im Süden des Libanon an. Dabei kamen mindestens fünf Menschen ums Leben. Hunderte von Familien befinden sich aus Furcht vor möglichen größeren Aktionen der Zionisten auf der Flucht. Am Sonntag abend hatten israelische Kriegsschiffe ein Flüchtlingslager 100 Kilometer nördlich von Beirut beschossen. Der Überfall hatte mindestens drei Tote und zehn Verletzte, darunter Frauen und Kinder, gefordert.

Bei den israelischen Bombardements wurden tödliche Splitterbomben eingesetzt, die die Zionisten von den USA erhalten. Diese Bomben explodieren in der Luft, um das darunterliegende Gebiet mit Tausenden von Explosivkörpern zu überschütten. Die Splitterbomben, die eine verheerende und mörderische Wirkung haben, sind eigens für den Einsatz gegen Zivilisten entwickelt worden.

Das sind die Früchte des Carter-Sadat-Beginschen sogenannten Friedensvertrags.

Ölteppich vor bretonischer Küste

Noch haben die Bretonen mit den Folgen der schweren Ölpest zu kämpfen, die durch das Sinken der „Amoco Cadiz" verursacht wurde, da kollidieren siebzig Meilen westlich von Brest zwei Tanker. Der liberianische Tanker „Gino", beladen mit 41000 Tonnen Rohöl, sinkt sofort, nachdem ihm von dem norwegischen Tanker „Team Coaster" ein schweres Leck gerissen wurde. Französische Hubschrauber machten vor der bretonischen Tankerküste einen Ölteppich von mindestens zwei Kilometer Länge aus.

Korruptionsskandale

Ostberlin. In der ersten Aprilhälfte wurde ein ostdeutscher Millionär zu einer achtjährigen Freiheitsstrafe verurteilt. Merkwürdig genug, daß es in einem sich sozialistisch nennenden Land überhaupt Millionäre gibt. Völlig skandalös ist allerdings die Urteilsbegründung: Der Millionär erwarb sich seine Millionen **nicht nur** durch Abschöpfung des Mehrwerts, sondern auf Kosten des Staates. Also ist die private Abschöpfung des Mehrwerts, sprich Ausbeutung, erlaubt! Schöner Sozialismus.

Peking. Auch die chinesischen Revisionisten haben es mit der Abschaffung des Kapitalismus wohl nie so ganz ernst genommen. Kürzlich wurde bekannt, daß ein „Korruptionssyndikat" verhaftet worden sei, das sich in den Jahren 1972 bis 1978 umgerechnet 1,6 Millionen Mark ergaunert hatte.

Sozialmieten sollen steigen

Über 4 Millionen Sozialmieter müssen vom 1. Juli dieses Jahres an mit einer Mieterhöhung von drei bis vier Prozent rechnen. Das geht aus der zweiten Berechnungsverordnung hervor, die letzte Woche von der Bundesregierung verabschiedet wurde. Außerdem werden rückwirkend ab 1. Januar dieses Jahres Hobby- oder Spielzimmer nicht mehr auf die Wohnfläche angerechnet. Schlechtere Wohnbedingungen, besonders für kinderreiche Familien, sind die Folge. Ein weiteres Beispiel, wie von den Bonner Sparmaßnahmen ausschließlich die Werktätigen betroffen sind.

Skandal von Arolsen

SS-Treffen fand statt!

Das widerliche Schauspiel fand statt: Rund 300 ehemalige Angehörige der berüchtigten SS-Totenkopf-Division konnten sich in Arolsen zu ihrem alljährlichen „Kameradschaftstreffen" einfinden!

Die Tradition dieser Truppe, die nach dem Kriege eindeutig — und für die Bundesrepublik rechtlich bindend — zur kriminellen Organisation erklärt wurde, ist die Tradition des Mordens und Totschlagens. Gerade von der in Arolsen seinerzeit rekrutierten SS-Totenkopf-Einheit ist bekannt, daß sie bei dem Angriffskrieg Hitlers gegen Frankreich Hunderte britische Soldaten in Kriegsgefangenschaft erschossen hat.

Die Duldung des Arolser SS-Treffens steht in einer Reihe mit dem skandalösen Majdanek-Urteil, der Europakandidatur der KZ-Mörderin Hildegard Lächert und vielen anderen Anzeichen der Rehabilitierung des Nazi-Faschismus durch den Bonner Staat.

Nachdem trotz einer Protestwelle im In- und Ausland der Arolser Bürgermeister die SS-Organisation in Schutz genommen und sogar untergetauchte SS-Verbrecher demonstrativ gedeckt hatte, hatte es zuletzt sogar der hessische Ministerpräsident Börner (SPD) abgelehnt, das geplante Treffen der Mordtruppe zu verbieten. Für ein Verbot fehle „jede rechtliche Möglichkeit"!

Über 2000 Antifaschisten und Demokraten demonstrierten am 28. 4. mit einem Schweigemarsch durch Arolsen gegen das SS-Treffen. Den empörten Demonstranten wie auch der aufgeschreckten Weltöfentlichkeit ist es unverständlich, wie eine deutsche Regierung überhaupt die Existenz eines „Traditionsverbands" der SS zulassen kann.

Tarifrunde Einzelhandel

Welle von Warnstreiks weitet sich aus!

In der vergangenen Woche führten die Kolleginnen und Kollegen im baden-württembergischen Einzelhandel mit einer Serie von Warnstreiks ihren Kampf für mehr Lohn und für die Einführung des sechswöchigen Jahresurlaubs weiter.

Schon in der Woche davor war es in zahlreichen Kaufhäusern verschiedener schwäbischer Städte zu Warnstreiks gekommen. Inzwischen weitete sich die Bewegung der Einzelhandelsbeschäftigten weiter aus. Am Montag letzter Woche streikten beispielsweise für zwei Stunden im Kaufhof in Stuttgart zwei Drittel der Beschäftigten. Gleichzeitig legten die Kollegen in vier weiteren Einzelhandelsbetrieben die Arbeit nieder. Das war in Stuttgart der bisher größte Streik im Einzelhandel.

Nach Angaben der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen beteiligten sich in der vergangenen Woche mehr als 4000 Beschäftigte in insgesamt 20 Betrieben an Streiks, die bis zu zehn Stunden dauerten.

Die Kaufhauskonzerne jedoch blieben nach wie vor bei ihrer provokatorischen Haltung. Unter anderem verlangen sie, daß der bis Ende dieses Jahres kündbare Manteltarifvertrag bis Ende 1984 festgeschrieben wird. Die Gewerkschaft HBV fordert Lohnerhöhungen zwischen 70 und 140 Mark monatlich und die stufenweise Einführung des sechswöchigen Jahresurlaubs.

Immer mehr Kollegen fordern, daß das unverschämte Verhalten der Unternehmer mit Urabstimmung und Vollstreik beantwortet wird. Am letzten Donnerstag kam es zu Solidaritätsdemonstrationen von HBV-Mitgliedern in verschiedenen Städten Nordrhein-Westfalens.



In verschiedenen Städten Nordrhein-Westfalens demonstrierten Mitglieder der Gewerkschaft HBV für höheren Lohn und für sechs Wochen Urlaub. Die Kollegen wollten mit diesen Demonstrationen den Kampf der Beschäftigten im Einzelhandel in Baden-Württemberg unterstützen.

Kommentar

Nach dem Willen der DGB-Führung sollen die Demonstrationen und Kundgebungen am 1. Mai, dem traditionellen Kampftag der Arbeiterklasse in einen Tag des europäischen Wahlrummels umfunktioniert werden. Das ist auf breiten Widerstand gestoßen. Viele Kollegen forderten auf Gewerkschaftsversammlungen, am 1. Mai solle gefälligst für die Forderungen der Arbeiterklasse demonstriert werden. In Resolutionen wurde verlangt,

Aber gerade die Bedeutungslosigkeit des europäischen Parlaments kommt den Politikern und Gewerkschaftsbonzen sehr zustatten. Hier können sie nach Herzenslust Sonntagsreden halten, Wahlversprechen machen, ohne daß sie die Verpflichtung eingehen, ihre Versprechen einzulösen. Sie können sich dann immer herausreden, das europäische Parlament habe „leider" noch nicht genug gesetzgeberische Kompetenzen.

Gewerkschaftsführer als Wahlhelden

den Kampf für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich und das Verbot der Aussperrung in den Mittelpunkt der gewerkschaftlichen Aktivitäten zum 1. Mai zu stellen.

Bekanntlich kandidieren drei prominente Gewerkschaftsführer auf der Bundesliste der SPD für das sogenannte europäische Parlament (sogenannt, weil es Großmachtallüren sind, wenn sich neun europäische Staaten zum Sprecher ganz Europas machen). Im Europaprogramm der SPD sind genau die Losungen, die die DGB-Führung vom 1. Mai fernhalten will, verankert. Einstimmig hatte die SPD mit den Stimmen von Vetter, Loderer und Hauenschild die 35-Stunden-Woche und das Aussperrungsverbot gefordert. Wie reimt sich das zusammen?

Die Abgeordneten des bereits bestehenden Europaparlaments wurden von Herbert Wehner einmal treffend als „freischwebende Arschlöcher" bezeichnet. Das Europaparlament hat keinerlei Befugnisse; es hat das Recht, sich zu Beschlüssen des Ministerrats zu äußern, der Ministerrat wiederum ist aber nicht verpflichtet, auf diese Stellungnahmen einzugehen. Das ist per Gesetz geregelt.

Daran wird auch die Direktwahl zum europäischen Parlament nichts ändern. Deshalb ist es schlichtweg eine Lüge, wenn die Politiker uns weismachen wollen, mit der Direktwahl am 10. Juni habe der Bürger die Chance, an der Gestaltung eines Europa „von unten" her mitzuwirken.

Wenn sie es ernst meinten, so hätten sie dem Aussperrungsterror der Unternehmer den Vollstreik entgegengesetzt. Die Masse der Gewerkschaftsmitglieder jedenfalls stand bereit. Die Gewerkschaftsführer, die auf europäischer Ebene jetzt den Mund so voll nehmen, sind ihnen in den Rücken gefallen, haben den Kampf verraten. Aber für ein Europaparlament ohne Macht und Einfluß übernehmen sie Forderungen der Arbeiterklasse.

Warum benutzen sie in Bonn nicht ihre Bundestagsmehrheit, das Verbot der Aussperrung zu beschließne, die 35-Stunden-Woche einzuführen, Massenentlassungen zu verbieten? Über die Hälfte der Bundestagsabgeordneten sind gewerkschaftlich organisiert. Auf europäischer Ebene stehen weitere Feldzüge des Monopolkapitals gegen die Werktätigen in Stadt und Land auf dem Plan. Im Stahlbereich sollen in den nächsten Jahren mindestens noch 100000 Arbeitsplätze vernichtet werden. Das große Bauernlegen geht weiter; seit Bestehen der EG mußten über 5 Millionen Bauern ihren Hof aufgeben. Allein im letzten Jahr wurden für 86 Millionen Mark 200000 Tonnen Obst und Gemüse vernichtet, damit die Preise und die Profite der Konzerne steigen.

Das angestrebte vereinte Europa ist nicht das Europa der Werktätigen! Die Interessen der Werktätigen lassen sich nur im Kampf gegen die EG verteidigen und durchsetzen.

Wahlboykott am 10. Juni!
Keine Stimme für das Europa der Monopole!

Aus dem Inhalt

VW schwimmt in Geld 4
Krupp: 15 % der Angestellten sollen entlassen werden. 4
Interview mit drei RGO-Betriebsräten über den 1. Mai. 5
Nein zum Europawahlrummel. 5
Reiseland Albanien. Anzeige der Gesellschaft der Freunde Albaniens 6
Verfassungsschutz im Betrieb: Sippenhaft durch Formular „PZD" 7
Proteststurm gegen Majdanek-Urteil. 7
Anhörung in Bonn: Faschisten werden angehört......... 7
Volkskorrespondenz: Am besten, Sie gehen auf Rente... 8
„Der Blutmai" von Andre Gabor................ 9
Am 1. Mai '29 in Berlin 9
Kämpfe gegen das Kriegsrecht in der Türkei........ 10
1. Mai in der Türkei unter Kriegsrecht............ 10

Herausgeber: ZK der KPD/ML
Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79600 — 461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen). Telefon: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlev Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr, 30 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr wird mit Erhalt der ersten Lieferung per Nachnahme eingezogen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Kündigungen, die nach dieser Frist eingehen, werden nicht berücksichtigt. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

Neues Programm gegen Arbeitslosigkeit

Hauptnutznießer sind die Kapitalisten

Alle Jahre wieder zur Frühlingszeit wird mit großem propagandistischem Aufwand in Bonn eine Maßnahme gegen die Arbeitslosigkeit beschlossen. Dieses Jahr ist es ein „Programm für arbeitsmarktpolitische Problemregionen". Gemeint sind die Bezirke, in denen nach der offiziellen Statistik eine Arbeitslosigkeit von über sechs Prozent herrscht: das Ruhrgebiet, das Saargebiet, Ostbayern, das östliche Niedersachsen und Ostfriesland.

Das neue Bonner Sonderprogramm wirft diesmal sage und schreibe 500 Millionen Mark in den „Kampf gegen die Arbeitslosigkeit": eine lächerliche Summe! Lächerlich angesichts des Ausmaßes der Arbeitslosigkeit: Im Ruhrgebiet allein stieg die Zahl der Arbeitslosen von 80000 im Jahr 1975 auf 100000 im Jahr 1978 an. — Lächerlich jedoch auch angesichts der Riesensummen, die gleichzeitig die Unternehmer vom Staat als Subventionen erhalten: Allein der Monopolist Flick erhielt im letzten Jahr ein Steuergeschenk von einer Milliarde Mark — das ist das Doppelte des ganzen „Programms für arbeitsmarktpolitische Problemregionen".

Was wird jedoch auch in dem bescheidenen Rahmen des Sonderprogramms wirklich erreicht?

Das Programm sieht vor, daß der Staat bei bestimmten Arbeitsplätzen in den sogenannten Problemregionen 80 bis 120 Prozent der Lohnkosten übernimmt — zur Verhinderung von Entlassungen bzw. bei Wiedereinstellung von Arbeitslosen. Das Programm unterscheidet dabei drei Fälle:

Einmal soll das Programm — wie es heißt — „Arbeitslosigkeit bei notwendigen Freisetzungsprozessen verhüten helfen", indem der Staat die Lohnkosten für eine innerbetriebliche Fortbildung weitgehend übernimmt. Wenn also ein Unternehmer bei Rationalisierungen — „Anpassungs- und Umstellungsprozessen" — den einen oder anderen Arbeiter nicht auf die Straße setzt, sondern ihn innerhalb seines Betriebes umschulen läßt (statt sofort einen höherqualifizierten Arbeiter einzustellen), erhält er bis zu zwei Jahre lang 90 Prozent der Lohnkosten vom Staat.

Zweitens sollen einem Unternehmer bis zu zwölf Monate lang 90 Prozent der Lohnkosten erstattet werden, wenn er einen Arbeitslosen, der länger als sechs Monate arbeitslos war, einstellt.

Drittens schließlich sieht das Programm wieder Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen vor — diesmal auf dem Sektor der „sozialen Dienste", wobei die Träger sozialer Einrichtungen (Kirchen, Arbeiterwohlfahrt etc.) zwei Jahre lang vom Staat die vollen Lohnkosten erstattet bekommen. Für jede Einstellung eines Arbeitslosen erhalten sie außerdem einen pauschalierten Sonderzuschuß von 2000 Mark.

Wenn auch die Lage des einen oder anderen Arbeitslosen durch das neue Bonner Programm verbessert werden kann, wird dadurch jedoch an der Massenarbeitslosigkeit nichts geändert. Hauptnutznießer sind eindeutig die Kapitalisten. Sie erhalten durch das Programm die Möglichkeit, die Arbeitskraft einzelner Arbeiter für ein halbes, ein ganzes oder gar zwei Jahre fast kostenlos ausbeuten zu können. Dadurch werden auch noch die belohnt, die durch ihre menschenfeindliche Politik der Rationalisierungen, der Betriebsstillegungen, der Lehrstellenverknappung etc. die Arbeitslosigkeit zu verantworten haben.

Plünderung der Arbeitslosenversicherung

Gleichzeitig stellt das neue Bonner Sonderprogramm auch einen Angriff auf die Arbeitslosenversicherung dar. Es sieht nämlich bei seinen „Leistungen" eine Kombination von Zahlungen seitens des Arbeitsministeriums **und** der Bundesanstalt für Arbeit vor. So sollen zum Beispiel von den 90 Prozent, die ein Unternehmer für die Einstellung eines Arbeitslosen erhält, 40 Prozent von der Bundesanstalt für Arbeit bezahlt werden. Damit ist das „Sonderprogramm" gleichzeitig ein neuer Hebel zur Plünderung der Arbeitslosenversicherung durch die Unternehmer.

Bereits in den vergangenen Jahren sind in dem Fonds der Arbeitslosenversicherung riesige Defizite entstanden, 1978 allein eine Milliarde Mark. Für das Jahr 1979 werden neue Schulden in Höhe von 3 Milliarden Mark erwartet. Ursache für diese Defizite sind nicht zuletzt die sogenannten Arbeitsbeschaffungs- und andere „Arbeitsförderungs"-Maßnahmen, an denen sich die Unternehmer bereichern. — Und wer füllt die entstandenen Lücken? Die Werktätigen! Für 1980 wird bereits von den Verantwortlichen eine Erhöhung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung anvisiert. Bereits 1976 war der Beitragssatz von zwei auf drei Prozent angehoben worden.

Atomare Aufrüstung in beiden deutschen Staaten

Die Sowjetunion hat neue Kurzstreckenraketen vom Typ SS 21 mit Atomsprengköpfen auf dem Territorium der DDR stationiert. Die Raketen verfügen über eine Reichweite von 120 Kilometer und bedrohen vor allem die Bevölkerung der Deutschen Bundesrepublik.

Im Gegenzug verlangte der Bonner Kriegsminister Apel auf einer Tagung der nuklearen Planungsgruppe der NATO die Modernisierung der veralteten nuklearen Waffensysteme. Speziell forderte er die verbesserten *Pershing*-Raketen mit Atomsprengköpfen für die Arsenale der Bundeswehr.

Das Wettrüsten auf deutschem Boden findet auf dem Hintergrund der sogenannten Salt-II-Verhandlungen statt, bei denen die Herren aus Washington und Moskau über die Begrenzung der **strategischen** Rüstung beraten. Dabei geht es nur um Langstreckenraketen, mit denen sich die beiden Supermächte gegenseitig bombardieren können. Aus diesem Anlaß haben die Bonner Revanchisten schon vor längerer Zeit neue Kurz- und Mittelstreckenraketen aus Washington verlangt.

Sie werfen der amerikanischen Supermacht vor, daß bei den Salt-II-Verhandlungen die Mittel- und Kurzstreckenraketen nicht auf der Tagesordnung stehen, die zwar die Sicherheitsinteressen Amerikas nicht berühren, wohl aber ein Risiko für Westeuropa darstellen.

Die Erweiterung des russischen Kurzstreckenraketenpotentials in der DDR ist für die Bonner Regierung ein willkommener Anlaß, ihrerseits Washington in die Pflicht zu nehmen, die atomare Rüstung der Bundeswehr weiterzutreiben.

Immer mehr wird Deutschland zum Schauplatz des Wettrüstens der beiden Supermächte. Immer offener werden allerdings auch die Forderungen der westdeutschen Imperialisten nach einer eigenen nuklearen Bewaffnung. Sie wollen auch in militärischer Hinsicht ihren Führungsanspruch in Westeuropa festigen, um auf dem Hintergrund des Ost-West-Konflikts ihre eigenen imperialistischen Ziele zu verfolgen.



Eine Kurzstreckenrakete im Manöver; im Ernstfall kann sie mit Atomsprengköpfen bestückt werden.

„Listenmodell" in NRW:

Die Gesinnungsschnüffelei geht weiter

Kaum hat man mit starken Worten die Regelanfrage beim Verfassungsschutz „abgeschafft", die bisher bei jeder Bewerbung um eine Stelle im öffentlichen Dienst gemacht wurde, da werden neue Verfahren eingeführt, die an ihre Stelle treten sollen.

Bekannt wurde jetzt das sogenannte Listenmodell des nordrhein-westfälischen Innenministers Hirsch. Danach wird jedem Bewerber um eine Arbeitsstelle im öffentlichen Dienst eine Liste vorgelegt, die alle Parteien und Organisationen enthält, die der Bonner Staat für verfassungsfeindlich hält. Der Bewerber muß dann auf die Frage antworten, ob er einer dieser Organisationen angehört. Sobald man mit Ja antwortet oder die Beantwortung verweigert, wird der Verfassungsschutz eingeschaltet.

Der Gesinnungsterror soll also weitergehen. Der Verfassungsschutz bleibt nach wie vor die Hürde, an der für viele Kommunisten, Antifaschisten und Demokraten das Berufsverbot anfängt.

Natürlich ist es ein Unterschied, ob der Verfassungsschutz automatisch in jedem Fall befragt wird oder nicht. Das heißt aber doch nur, daß der eine oder andere Bewerber durch Verschweigen seiner politischen Grundauffassungen für eine gewisse Zeit der Verfolgung durch den Verfassungsschutz entgeht. Tatsache ist aber nach wie vor, daß Kommunisten, konsequente Antifaschisten und Radikaldemokraten in diesem Land keinen Zugang zum öffentlichen Dienst haben.

Auch andere Modelle, wie das sogenannte Erklärungsmodell, wo jeder Bewerber schriftlich erklären muß, daß „er zur Verfassung steht und keiner Organisation angehört, die deren Zerstörung anstrebt", ändert nichts grundsätzlich an der Gesinnungsschnüffelei und den Berufsverboten.

Streit um Datenerfassung

Als liberaler Politiker, der der Kritik am Bonner Spitzelsystem Rechnung trägt, wollte sich offenbar Innenminister Baum aufspielen, als er die „Durchforstung" der Spitzelkarteien des Bundeskriminalamtes (BKA) veranlaßte.

BKA-Chef Herold, der das ganze Spitzel- und Datensystem seinerzeit auf Anordnung des Innenministers aufbaute, fühlte sich auf den Schlips getreten und reichte seinen Rücktritt ein.

Aber auf einen solch erfahrenen Spitzel-Fachmann wollte Baum natürlich nicht verzichten. BKA-Herold bleibt. Und Baum hat demonstriert, wie ernst es ihm mit der „Überprüfung" der Datenkarteien in Wirklichkeit ist.

Zitat der Woche

„Eine Maifeier, die viel bietet und wenig kostet — ohne großen Kostenaufwand haben es die Karlsruher Gewerkschafter geschafft, aus dem ehemaligen Demonstrationstag einen gelungenen Festtag zu machen."

(Aus: „Welt der Arbeit", Wochenzeitung des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Nr. 17, 26. April 1979).

(Nichts) neues in puncto Wohnungen!

Gerade vor den Kommunal„wahlen" am 20. Mai klopften sich unsere Herren mal wieder verstärkt auf die Schulter, wie sozial in diesem Staat angeblich Politik gemacht wird. Da werden wieder die ausgeleierten Phrasen vom „Wohnungsbauprogramm als Kernstück des Sozialprogramms", von der „auf das Wohl der Werktätigen gerichteten Wohnungspolitik" gedroschen. Daß diese Parolen ein einziger Betrug sind, weiß heutzutage jeder. Nehmen wir nur vier Beispiele, längst nicht die krassesten.

• Gegenwärtig wohnen allein im Berliner Stadtbezirk Friedrichshain nach Auskunft des dortigen Wohnungsamtes über 120 Familien mit vier Personen und mehr als tausend Familien mit drei Personen in Einzimmerwohnungen. Dabei ist die Situation in anderen Berliner Stadtbezirken wie Prenzlauer Berg oder Mitte noch schlechter. Und in anderen Großstädten wie zum Beispiel Leipzig sieht es nicht anders aus.

• Besonders schlecht dran sind auch Absolventen der Hoch- oder Fachschulen, die vielfach mit Familie nach dem Studium ohne Wohnung dastehen. In Berlin ist es verbreitete Praxis, daß Absolventen möblierte Zimmer mieten und für ein Zimmer gezwungenermaßen Mieten von 90 bis 120 Mark monatlich zahlen. Skrupellose Leute schlagen heutzutage aus der Vermietung von Zimmern oder sogar Zweitwohnungen monatlich Hunderte, teilweise über tausend Mark heraus. Der „Arbeiter- und Bauernstaat" unternimmt dagegen nichts. Im Gegenteil. Er öffnet diesen widerlichen Geschäftemachern, die aus der Notlage der Absolventen Profit herausschinden, Tür und Tor. 15 Mark pro Bett und Nacht sind gesetzlich zulässig. Auch hier zeigt sich: Wir leben wieder in einem kapitalistischen Staat. Wo die Höhe der Mieten zunehmend durch das Verhältnis von Angebot und Nachfrage bestimmt wird, wo skrupellose Geschäftemacherei blüht, da kann vom Sozialismus keine Rede mehr sein.

Obendrein sind die Wohnbedingungen für die betroffenen Absolventen oft ein Skandal. Sie müssen wie in der Studentenzeit mit mehreren anderen auf einem Zimmer hausen. Junge Frauen sind der Belästigung durch den Vermieter ausgesetzt, weil sie in Durchgangszimmern wohnen müssen oder weil diese sauberen Typen Zweitschlüssel zur Wohnung einbehalten. Welch ein Trost für uns, daß wenigstens nicht alle Mitglieder unserer „Menschengemeinschaft" diese Sorgen kennen. Für die Bonzen, für die Neureichen und Privilegierten gibt es in der Tat keine Wohnungsprobleme.

• Nicht nur, daß die hohen Tiere ihre Villen und Datschen haben. Auch die Kinderschar will gut versorgt sein. Da bekommen Tochter und Schwiegersohn vom Minister-Papa zur Hochzeit die Wohnungsschlüssel für die Vollkomfortwohnung. („Kleines Präsent von mir, nicht der Rede wert..."). Da bewohnt der Sohnemann des Herrn General ein Luxusappartement in der Leipziger Straße in Berlin. — Längst keine Ausnahmen mehr.

Daß die Herren, die in diesem Staat über Macht und Einfluß verfügen, ihre Kinder mit Wohnungen „versorgen" und sich einen Dreck darum scheren, ob die Kinder „an der Reihe" sind, ist heute Durchschnitt. Denn nicht wir Werktätigen, sondern die haben eben in diesem Staat die Macht — und da sind sie immer „an der Reihe"...

• Doch auch andere wertvolle Mitglieder unserer Gesellschaft können ihr Glück machen. Man muß zum Beispiel nur ehemaliger Eislaufstar wie Gabi Seyfert sein. Dann kann man wie sie ein Sechszimmerhaus in Berlin-Carow bewohnen. Auch ohne Kinder. Wobei das Häuschen, ursprünglich für Diplomaten vorgesehen, von einer dänischen Firma gebaut wurde, die nicht so frei war, dafür Mark Ost zu nehmen. Und da dieser Staat schließlich sozial denkt, überließ man den Seyferts das Haus ohne Barzahlung.

In der Wohnungsfrage offenbart sich wie in unserem gesamten Alltag: Durch unsere angeblich sozialistische Gesellschaft geht ein tiefer Riß, ein Graben, der sich ständig mehr verbreitert. Auf der einen Seite die Mächtigen in diesem Staat, die neuen Herren, denen so gut wie nichts unmöglich ist. Und eine ganze Schicht von Privilegierten, die, wie die höchsten Spitzen in Partei und Staat, auf dem Rücken der Werktätigen, von ihrer Arbeit leben. Auf der anderen Seite wir, die einfachen Leute, die hier auf keinen grünen Zweig kommen. Und speziell in der Wohnungsfrage zeigt sich, was von der „sozialistischen Demokratie" zu halten ist. Glaubt denn irgendjemand im Ernst, daß einer von den „Volksvertretern", die wir am 20. Mai bestätigen sollen, gegen einen General oder Minister ankommen kann, der seinem Sohn durch Schiebung eine Wohnung verschafft. Wo die Interessen der hohen Tiere anfangen, da hört die „Macht" der „Volksvertreter" auf.

Trotzdem möchten wir allen Werktätigen raten, die Zeit der Wahlen dazu auszunutzen, verstärkt Druck auf unsere Herren auszuüben. Wenn wir breit unserer Unzufriedenheit Ausdruck geben, zum Beispiel auf Wahlversammlungen die unmögliche Situation bei Versorgung, Wohnungen und Kinderkrippen zur Sprache bringen, dann kommen vielleicht wenigstens einige kleine Verbesserungen für uns heraus. Die Erfahrung hat gezeigt: Ohne Druck von unten läuft für uns in diesem Staat überhaupt nichts.

(Aus: „Roter Morgen", Ausgabe der Sektion DDR, Mai 1979)

Artistik in der Werkhalle?

Korrespondenz aus der DDR

Da schaute ich doch neulich aus lauter Langweile in die Dezemberausgabe des „Neuen Leben" (nl 12/78), und da fiel mir ein besonders unverschämter Artikel auf. Ein Paradebeispiel dafür, wie bei uns die Jugendlichen verschaukelt werden. Ich jedenfalls kam mir beim Lesen des Artikels, der mit „Nachtschichtgewissen" betitelt ist, echt verschaukelt vor. Es geht um ein Jugendobjekt im Rahmen der sogenannten FDJ-Initiative Berlin. Um ein Ziegelbrennwerk bei Hainichen (Bez. K.-M.-Stadt) und seine „wunderschöne, menschenfreundliche" Arbeit.

Ausgangspunkt war: In Berlin werden mehr Ziegel gebraucht, 9 Millionen Stück jährlich. Und zwar müssen die Ziegel wegen der Entladetechnik in Berlin neuerdings paketiert, 135 Steine pro Paket, stahlbandumschnürt vom Ziegelwerk geliefert werden. Was geschah nun in Hainichen? Ein Jugendobjekt wurde aufgemacht, eine Brigade von Jungfacharbeitern organisiert. Es hieß („nl"): *„Wir paketieren Ziegel für Berlin, und zwar im Schichtsystem. Zusätzliche Arbeit im unterbesetzten Betrieb."* Über eine Nachtschicht, bei der die Dame vom „Neuen Leben" zuschauen durfte, berichtet sie: *„Du liebe Güte, da sind ja kaum Leute. Alles läuft von allein. Scheint es."* Und: *„Schließlich muß es laufen, denn die drei machen heut nacht Arbeit für sechs. Genannt: Mehrmaschinenbedienung."* Ob sie auch entsprechend besser bezahlt werden? Das kannst du natürlich vergessen. Aber das Tollste kommt ja erst: „nl" schreibt über die Arbeit: *„Die Automaten legen los... Alles normal. Da polterts. Georg fegt durch die Lichtschranke. Alles bleibt stehen. Ziegel sind aus dem Greifer gefallen. Die Ziegelstapel auf diesem Herdwagen haben sich beim Brennen leicht nach außen geneigt. Wie eine Blüte, sagen die Arbeiter. Die Mitte der Stapel ist nachgesunken, da kann der Greifer nichts greifen. Was runtergefallen ist, wird mit der Hand gepackt. Das ist leider häufig so, und was jetzt beginnt, ist **Nachtschichtartistik**. Manfred und Georg **schwingen** über die Geländer auf die **warmen** Ziegelstapel, nehmen, **kaum daß sie ihren Stand gesichert haben**, Stange und Schippe und richten die Stapel, **springen sodann elegant zurück**, neigen sich aus der Hocke gleich zur anderen Seite. Darunten stehen Ziegel zum Nachpacken bereit. Die sind hochgeholt, da **preschen sie zu den Knöpfen**, und die Greifer schwenken wieder. Fast will der Zuschauer die Hände zum Applaus heben, doch das ist keine Manege, sondern eine **Werkhalle**."*

Da lacht der Arbeitsschutz, nicht wahr? Aber das ist ja in vielen Betrieben so. Mit der Technik klappt es nicht, und wir müssen doppelt schinden und noch unsere Gesundheit aufs Spiel setzen. Willst du die Norm schaffen, um auf dein Geld zu kommen, kannst du es mit den Arbeitsschutzbestimmungen nicht so genau nehmen. Und da ist die Schreiberin vom „nl" so unverschämt, die Schinderei von Manfred und Georg mit Zirkusartistik zu vergleichen. Etwas makaber das Ganze, findet ihr nicht auch? Daß diese extreme Hektik nicht nur einmal in der Nacht vorkommt, wird kühn zum besten gegeben. *„Die nächsten Ziegelstapel kommen vom Herd. Wieder Blüten, wieder Artistik. Und die beiden schaffen in dieser Nacht fast ihre Norm. Und wenn es nur drei Viertel der Norm gewesen wären, der Stundenlohn hätte gestimmt."* Was heißt hier, der „Stundenlohn hätte gestimmt"? Muß ja ein wahrer Wunderbetrieb sein, wo zwischen Leistungslohn bei Normerfüllung und Durchschnitt keine Differenz besteht. Ich tippe eher darauf, daß die werte Dame vom „nl", die sicher noch nie in der Produktion gearbeitet hat, nicht richtig durchsieht. Aber auch an anderen Arbeitsplätzen dort dieselbe gefährliche Schinderei. *„Beim Hoffmann-Frank sieht es nicht anders aus. Zwei Anlagen bedient er, zwischen ihnen sind es 15 Meter. Die hat er heut nacht hundertmal in den Beinen. Und als im Trockengerüst, oben in der Reihe 17, gut 1,50 Meter über dem laufenden Transportband, Ziegel verkanten, klettert er auch dort noch hinauf."*

Wegen der Mängel in der Technik heißt es außerdem für die Jugendlichen auch noch aufs Wochenende verzichten. *„In der anderen Halle ist ein Kollergang entzwei, es kommt keine Tonmasse. Da liegt wieder eine Sonderschicht am Wochenende an. Es vergeht schon lange kein Monat ohne Sonderschichten am Sonnabend oder Sonntag."* Prost Mahlzeit, aber ist ja nichts neues. Die veraltete Technik wird nicht ersetzt, sondern von Betriebsschlossern geflickt. Wenn was kaputt geht, heißt es: Überstunden, Sonderschichten. Überhaupt. So wie in Hainichen ist es auch woanders. Die Pläne ziehen stark an, die Normen mit, und die hinter der Maschine stehen, können noch mehr ackern.

Besonders auf die Jungen haben es die Bonzen abgesehen. Wie versuchen sie denn bei den Kumpels in Hainichen, trotz der unmöglichen Arbeitsbedingungen die volle Norm herauszuholen? Sie reden davon, daß der Aufbau in Berlin eine „große Sache" sei. (...)

Doch auf ihren Schwindel, auf den ganzen Bonzenbetrug von wegen „Verantwortung für die Jugend", „FDJ-Initiative", mit dem die Jungarbeiter noch extra ausgebeutet werden, fällt keiner mehr rein.

Ein Sympathisant aus Berlin

(Aus: „Roter Morgen", Ausgabe der Sektion DDR, Mai 1979)

Sektion DDR der KPD/ML



Seit der Jahreswende 1975/76 arbeitet auch in der DDR illegal eine Sektion der KPD/ML. Über die Arbeit der illegalen Genossen heißt es in dem „Bericht über die Tätigkeit des Zentralkomitees der KPD/ML vom Dezember 1978:

„Die Arbeit unserer Genossen in der DDR ist wahrlich nicht leicht. Es sind nicht nur die erschwerenden Bedingungen tiefer Illegalität, unter denen sie kämpfen müssen, die tagtägliche Gefährdung, es sind auch die komplizierten Verhältnisse des Klassenkampfes. Während hier in der Deutschen Bundesrepublik die Fronten für viele klar erkennbar gesteckt sind — hier die Werktätigen, die Arbeiterklasse mit ihrer kommunistischen Vorhutpartei, dort die Kapitalisten, ihre Parteien, ihr Staatsapparat — sind diese Fronten für die Werktätigen der DDR absolut nicht klar erkannbar. Während bei uns die Kapitalisten aus ihrer Existenz als solche überhaupt keinen Hehl machen, sie nur als notwendig und nützlich hinzustellen versuchen, behaupten die neuen Kapitalisten, die staatsmonopolistische Bourgeoisie der DDR, sie seien Kommunisten. Sie bedienen sich, um sich vor den Massen zu tarnen, marxistisch-leninistischer Termini."

Die Aktionen der Genossen der Sektion DDR der KPD/ML, ihre Agitations- und Propagandatätigkeit sind von Jahr zu Jahr vielfältiger geworden. Sie verbreiten nicht nur regelmäßig eine eigene DDR-Ausgabe des „Roten Morgen" (siehe obenstehenden Artikel), sie drucken auch eigene Flugblätter, so das Sammelflugblatt „Roter Stachel", welches aktuell und vielfältig auf die Probleme der Massen eingeht. Sie kleben, malen Parolen und Losungen, knüpfen neue Kontakte. In den letzten eineinhalb Jahren hat sich der Mitgliederstand der Sektion DDR der KPD/ML verdreifacht.

Die Lage der Arbeiterklasse und der Werktätigen in der DDR unterscheidet sich grundsätzlich nicht von der der Arbeiter und Werktätigen in den anderen kapitalistischen Ländern. Sie werden ausgebeutet und unterdrückt, führen ein schlechtes Leben voller Sorgen und Entbehrungen, während die neue Bourgeoisie in Luxus lebt. Auch für die Arbeiter und Werktätigen in der DDR gibt es nur einen Weg, ihre Lage grundsätzlich zu ändern: Die Diktatur der neuen ostdeutschen Bourgeoisie und ihrer Moskauer Oberherren muß gestürzt werden, die Diktatur des Proletariats und der Sozialismus müssen wiedererrichtet werden.

(Aus dem Programm der *KPD/ML*).

Betriebszeitungen der KPD/ML











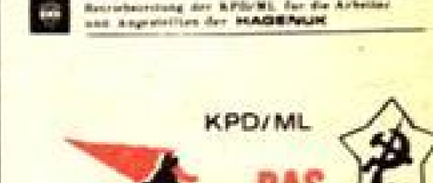
























































1978: Neues Rekordergebnis — märchenhafter Profit

VW schwimmt im Geld

Märchenhaften Profit scheffelten im abgelaufenen Geschäftsjahr die VW-Bosse. Der Umsatz des Autokonzerns stieg um 11 Prozent beziehungsweise um 2,6 Milliarden Mark auf 26,724 Milliarden Mark. Der Gewinn stieg laut „Handelsblatt" um sage und schreibe 37 Prozent.

Soweit man den bis zur Unkenntlichkeit frisierten Bilanzen entnehmen kann, bleibt VW auch nach Abzug von fast 1,689 Milliarden Mark Steuergeldern immer noch ein Reingewinn von ca. 3,5 Milliarden Mark!

Die „Frankfurter Rundschau" schreibt über dieses neue absolute Rekordergebnis des VW-Konzerns: „Daß VW im Geld schwimmt, stört den Vorstand insofern, als sich daran manche kühne, vereinzelt sogar wilde Idee entzündet, auf welche Weise das Unternehmen diese Mittel unter die Leute bringen könnte."

Die VW-Bosse haben Sorgen! Sie wissen einfach nicht, wohin mit dem vielen Geld. Und das, obwohl doch sogar ein Gewerkschaftsführer, nämlich der IGM-Vorsitzende Eugen Loderer, den Posten des stellvertretenden Vorsitzenden im Aufsichtsrat des Autokonzerns bekleidet. Oder sollten just von ihm die vom VW-Vorstand befürchteten „wilden Ideen" kommen? Hat Loderer etwa die Idee, VW könnte, wo es doch im Geld schwimmt, nun auch einmal diese oder jene Milliarde für eine freiwillige Lohnerhöhung, für menschliche Arbeitsbedingungen und für die Schaffung neuer Arbeitsplätze springen lassen?

Keine Angst! Solche wilden Ideen braucht der VW-Vorstand von Eugen Loderer nicht zu befürchten. Loderer weiß schließlich, „was marktwirtschaftlich vernünftig und machbar ist"! So besitzt er auch das völlige Vertrauen des obersten VW-Chefs Schmücker. Beispielsweise vertraut Schmücker seinem stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden jetzt getrost das Amt des Leiters der Hauptversammlung der Volkswagen AG an, für das der Aufsichtsratsvorsitzende Hans Birnbaum (Chef des Salzgitterkonzerns) wegen Erkrankung ausfällt. Schmücker: „Wir sehen keinen Grund, den stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden Eugen Loderer nicht als Leiter der Hauptversammlung am 4. Juni in Berlin zu präsentieren."

Nein! Auch bei VW gibt es nicht die leiseste Spur einer Bereitschaft, die riesigen Gewinne (momentan liegen 5,5 Milliarden an flüssigem Geld auf der hohen Kante), auch nur zu einem kleinen Teil irgendwie in anderer, als von der Gier nach noch höherem Profit bestimmten Weise zu verwenden.

Schmücker kündigte an, daß die Produktion von Motoren, die in den USA in VW-Autos eingebaut werden, aus der Bundesrepublik „über den großen Teich" verlagert werden soll. Auch im Inland wird investiert. Und zwar sollen neben Riesensummen für die Entwicklung neuer Modelle auch Riesensummen in die sogenannte „Umstrukturierung der Produktionsanlagen" (spricht: Rationalisierung) fließen. Auf gut deutsch: Für die Arbeiter wird sich der Supergewinn letztlich nur in der verstärkten Vernichtung von Arbeitsplätzen und in noch größerer Arbeitshetze auswirken.

VW befindet sich zum größten Teil in Staatsbesitz. Kürzlich erst warf der Chef des Braunschweiger Arbeitsamtes den VW-Bossen vor, daß VW ohne jede Rücksicht auf die hohe Arbeitslosigkeit (6,3 Prozent in den Bezirken Wolfsburg/Helmstedt und Braunschweig) eine Einstellungspolitik betreibt, die jedem sozialen Grundsatz ins Gesicht schlägt. „Die Männer sollen höchstens 40 Jahre alt, gesundheitlich topfit, möglichst keine Firmenwechsler und schon gar keine Ausländer sein", klagte der Arbeitsamtschef. Auch stelle VW so gut wie gar keine Frauen ein.

Ob privatwirtschaftlich oder in staatlicher Hand — grenzenlose Profitgier kennzeichnet im kapitalistischen System das Wesen der Monopole.

Notiert:

Preisanstieg

Das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen meldet einen Preisanstieg von Mitte März bis Mitte April 1979 um 0,5 Prozent beim Index für die Lebenshaltung der privaten Haushalte. Damit liegen die Lebenshaltungskosten gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres jetzt um 3,7 Prozent höher.

Pleiten

Im Januar 1979 wurden in der Bundesrepublik 778 Konkurse und Vergleichsverfahren registriert. Im Januar 1978 waren es 777 Fälle.

EG-Stahltrends

1978 wurden in der EG 133 Millionen Tonnen Stahl produziert. Trotz des Anstiegs der Produktion waren dies noch 23 Millionen Tonnen weniger als 1974. Die EG-Behörden rechnen mit einem weitern Anstieg der Stahlproduktion bis 1980 um 11 Prozent. Gleichzeitig aber gehen sie davon aus, daß in der EG bis 1984 mindestens 80000 weitere Stahlarbeitsplätze vernichtet werden. Bereits in den letzten fünf Jahren haben die Stahlkapitalisten in der EG mehr als 100000 Beschäftigte auf die Straße gesetzt.

Der Knick

Bis in das Jahr 1975 hinein war die Zahl der im Bundesgebiet wohnenden Menschen ständig angestiegen. Dann vollzog sich ein plötzlicher Knick nach unten. Seitdem ist die Zahl der im Bundesgebiet wohnenden Menschen von 61,8 Millionen um rund 700000 auf jetzt 61,1 Millionen gesunken. Dieser Rückgang ist nur teilweise durch den Geburtenrückgang bedingt. Zum größten Teil ergibt er sich daraus, daß ausländische Arbeiter im Zusammenhang mit der Wirtschaftskrise aus dem Land gedrängt wurden. Seit 1974 ist in der Bundesrepublik die Zahl der in der Industrie Beschäftigten um 10 Prozent gesunken. Die Zahl der in Industrie und Baugewerbe arbeitenden Menschen lag Anfang 1979 um 1,5 Millionen niedriger als vier Jahre davor.

Unternehmerworte

„Wer ein Unternehmen führen will, darf nicht drinsitzen, sondern drauf. Ich habe immer die anderen arbeiten lassen."

(Dr. Friedrich Funcke, früherer Vorsitzender des Vorstandes der Gelsenberg AG, Essen; zitiert nach „Die Welt" vom 25. 4. 79).

+ + +

„Wenn die Arbeiter keine Sorgen um ihren Arbeitsplatz haben, werden sie leicht schlampig."

(Wolfgang Kemper, Chef der portugiesischen Hoechst-Niederlassung und Präsident der Deutsch-Portugiesischen Handelskammer; zitiert nach „Frankfurter Rundschau" vom 27. 4. 79).

+ + +

„In Indien ist es noch eine reine Lust, Reifen herzustellen. Hier kann man an 360 Tagen im Jahr voll produzieren."

(Dr. Carl H. Hahn, Vorsitzender der Continental Gummi-Werke AG, Hannover; zitiert nach „Die Welt" vom 18. 4. 79).

Kurz berichtet

Aussperrungsurteile

Dem ersten und bisher einzigen Urteil eines Landesarbeitsgerichts gegen die Aussperrung, das vor kurzem in Frankfurt erging, stehen sieben Urteile in zweiter Instanz gegenüber, in denen die Aussperrung für rechtmäßig erklärt wird. In erster Instanz gab es bei Arbeitsgerichtsverhandlungen gegen die Aussperrung bisher 64 Urteile zugunsten der Gewerkschaften. Aber in 86 Fällen entschieden die Arbeitsrichter für den Aussperrungsterror. Das Bundesarbeitsgericht in Kassel hat bisher zwei Grundsatzurteile über die Aussperrung gefällt, in den Jahren 1955 und 1971. In beiden Fällen wurde die Aussperrung für rechtmäßig erklärt. Diese Übersicht macht deutlich, daß dem Aussperrungsterror über die Arbeitsgerichte nicht beizukommen ist. Deshalb fordern wir ein gesetzliches Verbot der Aussperrung.

Arbeitersolidarität in Europa

Die Vertrauensleute der IG Druck und Papier in der Frankfurter Societätsdruckerei haben in einer Protesterklärung die Herstellung einer Streikbruchausgabe der britischen Zeitung „Times" verurteilt. Es handelt sich um eine Notausgabe, die bei der „Ter-Druck GmbH" herstellen lassen wollen (die Times-Bosse). In der Frankfurter Societätsdruckerei unterschrieben 200 Kollegen spontan die Protesterklärung. In Darmstadt veranstaltete der dortige Ortsverein der IG Druck und Papier eine Protestkundgebung vor dem Gebäude des Satzbetriebes, in dem die Streikbruchausgabe gesetzt werden soll. Die Drukker und Setzer der „Times" stehen seit Monaten im Streik gegen die Arbeitsplatzvernichtung durch Einführung des Computersatzes.

Rechtswidrig

Die Kollegen der RGO im Hamburger Hafen kennzeichnen ihre Flugblätter mit dem griffigen Slogan: „Revolutionäre Gewerkschaftsopposition — in der ÖTV — im Hafen." Es war ihnen bislang nicht bewußt, daß sie sich mit diesem Spruch eines Rechtsbruches schuldig machten. Jetzt wissen sie es. Am 18. April schickten ihnen die Esslinger Rechtsanwälte Schlaegel und Herzberg im Auftrag des Hauptvorstandes der ÖTV ein Schreiben, in dem es heißt: *„Sie verletzen damit das Namensrecht als auch andere Schutzrechte meiner Mandantin, denn es ist Ihnen zu keinem Zeitpunkt gestattet worden, die Bezeichnung ÖTV zu verwenden, insbesondere nicht im Zusammenhang mit der angeblichen ‚Revolutionären Gewerkschaftsopposition'. Wir mahnen Sie deshalb mit der Aufforderung, Ihr rechtswidriges Verhalten zukünftig zu unterlassen, ausdrücklich ab. Im Wiederholungsfalle werden wir unserer Mandantin empfehlen, entsprechende gerichtliche Schritte gegen Sie in die Wege zu leiten."*

Friedrich Krupp Hüttenwerke in Bochum

15 % der Angestellten sollen entlassen werden!

Ganz offen wurde auf der letzten Belegschaftsversammlung der Verwaltung verkündet: Krupp wird sich „leider" von einigen Angestellten trennen.

Betroffen sind einmal Kollegen über 57 Jahre. Sie sollen gemäß dem Sozialplan frühzeitig in Rente gehen. Weiterhin betroffen ist eine „ausgewählte Zielgruppe" von Kollegen. Auf deutsch: Kollegen, die Krupp loswerden will. Sie sollen darauf angesprochen werden, daß sie freiwillig zu gehen haben. Eine „Ausgliederungsbeihilfe" soll ihnen das etwas schmackhafter machen.

Freiwilligkeit?

Tatsache ist: Es geht um Entlassungen. Da nützt auch das Gerede von „Freiwilligkeit" nichts. Was heißt denn Freiwilligkeit? Das heißt doch, daß man die Wahl hätte zu gehen oder zu bleiben. Doch wer wird schon sagen, „ich gehe nicht", wenn ihm Personalabteilung und Chef „freundlichst" sagen: „Sie sind hier über"?

Und was passiert, wenn man wirklich nicht geht? Darüber wurde in der Belegschaftsversammlung geschwiegen. Aber das kann sich jeder ausrechnen. Da gibt es aus der Vergangenheit schon einschlägige Erfahrungen. Als zum Beispiel der Edelstahlverkauf nach Düsseldorf verlegt wurde, erhielten Kollegen, die bleiben wollten, das „Angebot", als Postbote oder im Walzwerk zu arbeiten. Eine tolle „Freiwilligkeit"!

Der Druck von oben wächst

Das Infame an dieser Methode ist, daß der Vorstand damit den Personalabbau möglichst reibungslos und ohne viel Aufsehen über die Bühne kriegen will. Deshalb wird auch nicht bekanntgegeben, welcher Bereich, welche Abteilung vom Personalabbau betroffen ist und um genau wieviele Entlassungen es sich in den einzelnen Abteilungen handelt. Dann nämlich könnten sich die Kollegen der betroffenen Abteilungen geschlossen wehren. So erfährt doch keiner, wer gegangen werden soll — man soll es erst merken, wenn die Kollegen weg sind und es zu spät ist.

Diese Heimlichtuerei hat noch einen anderen Grund: Jeder von uns soll unter Druck gesetzt werden. Niemand soll sicher sein, ob er nicht als nächster dran ist.

Der Mann hat sich gut eingeführt

An dieser Stelle muß kurz noch etwas zu dem Herrn gesagt werden, der uns auf der Belegschaftsversammlung all diese Maßnahmen plausibel zu machen suchte. Das war nicht etwa Herr Wierzba (für den Angestelltenbereich zuständiges Mitglied der Geschäftsleitung — RM), sondern Otmar Günther, der Arbeitsdirektor — der Vertreter unserer Gewerkschaft! Der Mann hat sich wirklich gut eingeführt — beim Vorstand. Wollte er uns doch glatt erklären, daß diese ganzen Maßnahmen dazu da seien, Arbeitsplätze zu sichern. Und: Es sollte sich jeder schön für die Firma einsetzen, „damit wir uns von möglichst wenig Angestellten trennen müssen."

Wir sollen also schön arbeiten, uns nicht beschweren, wenn es zuviel wird, nicht mehr Gehalt verlangen, vielleicht noch Überstunden machen und Kollegen anschwärzen nach dem Motto „Alles für die Firma". Das sollen diese Reden bezwecken. Und der Vorstand lacht sich ins Fäustchen und baut einen nach dem anderen ab.

Von Betriebsrat Baldus war dazu auf der Versammlung gar nichts zu hören. Es scheint, daß sich der Betriebsrat mit den Plänen des Vorstandes abgefunden hat. Kein Wort davon, daß der Vorstand die Karten auf den Tisch legen soll. Wo bleiben da unsere Interessen?

Was muß geschehen?

Unser aller Interesse ist es, daß die Pläne zum Abbau der Angestellten genau offengelegt werden. Nur damit wird es uns möglich, gegen gezielte Maßnahmen auch gezielt zu reagieren und den ständigen Druck, dem sich fast jeder ausgesetzt sieht, zu mindern. Das ist in unser aller Interesse, denn: Auch die, die nicht gehen müssen, sind vom Personalabbau betroffen. Sie werden nämlich die Arbeit der Entlassenen zusätzlich zu leisten haben.

Im letzten Monat ging es schon los, daß Kollegen angesprochen wurden. Was dann tun? Die Sache für sich behalten und still hoffen? Damit würde man sich der Personalabteilung ausliefern. Man muß die Kollegen in der Abteilung informieren und sich mit ihnen gemeinsam zur Wehr setzen, gemeinsam mit ihnen vom Betriebsrat verlangen, daß er alle Hebel in Bewegung setzt, gemeinsam mit ihnen vom Abteilungsleiter fordern, daß die Maßnahme rückgängig gemacht wird.

Darüber hinaus aber müssen wir in den Abteilungen die Offenlegung der Pläne fordern, Und zwar von der Personalabteilung und vom Abteilungschef, die diese Pläne ja schließlich aufgestellt haben. Erst recht aber müssen wir die Offenlegung der Pläne von unseren Vertretern, den Betriebsräten verlangen — denn es müßte schon mit dem Teufel zugehen, wenn die nicht über die Pläne informiert sind.

Kein Kollege darf entlassen werden!

Offenlegung der Pläne!

Diesen Artikel haben wir der Ausgabe vom April 1979 des HAMMERSCHLAG entnommen. Der HAMMERSCHLAG ist die Betriebszeitung der KPD/ML bei den Krupp-Hüttenwerken (Bochumer Verein) in Bochum.

Für die 35-Stunden-Woche und das Verbot der Aussperrung!


Chicago 1886: Vier Arbeiter starben im Kugelhagel der Polizei.

1. Mai — Internationaler Kampftag der Arbeiterklasse

Als im Juni 1889 400 Delegierte auf dem Internationalen Arbeiterkongreß in Paris tagten, faßten sie einmütig den Beschluß, „eine große internationale 'Manifestation (Kundgebung) zu organisieren, und zwar dergestalt, daß gleichzeitig in allen Ländern und in allen Städten an einem bestimmten Tage die Arbeiter an die öffentlichen Gewalten (Behörden) die Forderung richten, den Arbeitstag auf acht Stunden festzulegen . . .“ Der Anlaß zu diesem Beschluß war ein Blutbad, das die Polizei am 1. Mai 1886 in Chicago (USA) unter streikenden Arbeitern anrichtete, die mehr Lohn und den Achtstundentag forderten. Die Polizei hatte das Feuer auf die Arbeiter eröffnet, als sie eine Kundgebung abhielten. Vier Arbeiter starben im Kugelhagel. Vier weitere wurden verhaftet, des Mordes angeklagt und im November 1887 hingerichtet. Dieser Arbeitermord löste unter den Arbeitern der ganzen Welt Empörung aus. So entstand die Forderung nach einem internationalen Kampftag der Arbeiterklasse. Seit dem Beschluß der Internationale ist der 1. Mai der Tag, an dem die Arbeiter aller Länder für ihre Forderungen und gegen Ausbeutung und Unterdrückung demonstrieren. Welche Forderungen stehen in diesem Jahr bei uns im Mittelpunkt des 1. Mai? Welche Bedeutung hat der 1. Mai '79 für die Arbeiter in der Bundesrepublik und Westberlin? Der RM sprach mit drei revolutionären Betriebsräten über diese Frage.

RM sprach mit drei RGO-Betriebsräten über den 1. Mai '79

Christian Matthiessen, 30 Jahre, ist Betriebsrat auf Howaldtswerke — Deutsche Werft (HDW) in Hamburg. Er ist von Beruf Maschinenschlosser.

„Nein zum Europawahl rummel“

RM: Ihr steht auf der Werft im Kampf gegen die Vernichtung Hunderter von Arbeitsplätzen. Die DGB-Führung benutzt den 1. Mai, um die Europawahl als Lösung für eure Probleme hinzustellen. Was meinst du dazu?

C. Matthiessen: Ich meine, daß das ein Betrug ist. Über die Parlamente wird kein einziger Arbeitsplatz gesichert, ob das ein Länderparlament oder der Bundestag ist oder ob das ein sogenanntes Europaparlament ist. Es ist doch bekannt, daß die Mehrheit des Bundestags aus DGB-Mitgliedern besteht. Warum beschließen sie nicht schlicht und einfach die Einführung der 35-Stunden-Woche oder auch das Verbot der Aussperrung?

RM: Im Europawahlkampf hat die SPD die 35-Stunden-Woche auf ihre Fahne geschrieben . . .

C. Matthiessen: Wir haben in Hamburg unsere Erfahrungen mit der SPD gemacht. HDW ist bekanntlich ein Unternehmen, das zu 75 Prozent dem staatlichen Salzgitterkonzern und zu 25 Prozent dem Land Schleswig-Holstein gehört. Wer gehofft hatte, im Hamburger Senat und im HDW-Aufsichtsrat, wo die SPD-Parlamentarier und die Gewerkschaftsfunktionäre zusammen die Mehrheit bilden, würden Beschlüsse zur Sicherung unserer Arbeitsplätze gefaßt, sah sich getäuscht. Es ist praktisch das Gegenteil passiert. Gerade der Hamburger Senat beschloß, die Schließung des Werkes Reiherstieg mit 30 Millionen Mark zu subventionieren. Damit ermöglicht der Senat die Rationalisierung im verbleibenden Werk Ross. Das wird weit über 1000 Arbeitsplätze kosten und dient zur Vorbereitung der Fusion von HDW und Blohm&Voss. Auf einen offenen Brief der RGO-Betriebsräte an den Senat erhielten wir nicht einmal eine Antwort. Wir hatten den Senat aufgefordert: Wenn schon Steuergelder in die HDW gesteckt werden, dann nur zur Modernisierung des Schiffsneubaues. Das hätte wirklich zur Erhaltung der Arbeitsplätze gedient.

RM: Und die DGB-Führer, die für die SPD kandidieren?

C. Matthiessen: Es gibt nicht den geringsten Anlaß, der die Annahme rechtfertigt, Vetter, Loderer oder gar Hauenschild würden unsere Interessen im Europaparlament auch nur um einen Deut konsequenter vertreten als sie es bislang in ihrer Eigenschaft als Gewerkschaftsbosse oder auch in ihrer Rolle als Mitglieder bzw. stellvertretende Vorsitzende in den Aufsichtsräten verschiedener Konzerne getan haben. Warum sollte Eugen Loderer als europäischer Diätenempfänger auf einmal für die Verwirklichung der 35-Stunden-Woche eintreten? Loderer war es doch, der zusammen mit Herb, Janßen und anderen IGM-Bonzen den Erfolg der Stahlarbeiter in ihrem großen Kampf zunichte gemacht hat. Für uns auf der Werft war der Streik unserer Stahlkollegen von großer Bedeutung. Ihr Sieg wäre auch ein Sieg für uns gewesen. Damit wären auch unsere Arbeitsplätze sicherer geworden.

RM: Du sagst also Nein zum Europawahlrummel auf dem 1. Mai?

C. Matthiessen: Genau. Wir brauchen auf dem 1. Mai keine Minister oder Bonzen der Bonner Parteien. Wir wollen auch nicht als Wahlhelfer für die Gewerkschaftsführer auf die Straße gehen. Unsere Interessen können wir nur durch unseren Kampf verteidigen. Wir müssen unsere Einigkeit und Solidarität stärken. Wenn wir sehen, was in Zukunft an Angriffen der Kapitalisten noch auf uns zukommt, wie die Krise sich verschärfen wird, dann wissen wir, daß wir uns rüsten müssen. Und dazu brauchen wir den 1. Mai, als Kampftag für unsere Forderungen, gegen Arbeitsplatzvernichtung — für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich!

„Die 35-Stunden-Woche ist für die Stahlarbeiter nicht erledigt“


Norbert Bömer, 30 Jahre, ist Betriebsrat bei Hoesch in Dortmund (Werk Union). Er ist von Beruf Stahlarbeiter.

RM: Wie seht ihr Stahlkocher die Bedeutung des 1. Mai '79?

N. Bömer: Den 1. Mai in diesem Jahr sehen wir im Zusammenhang mit unserem 44 Tage dauernden Streik für die 35-Stunden-Woche und mit dem Aussperrungsterror, mit dem die Stahlbarone uns kleinkriegen wollten. Zugleich ist dieser 1. Mai auch beeinflußt von den bitteren Erfahrungen, die wir in unserem Kampf für die Verteidigung unserer Arbeitsplätze mit der Gewerkschaftsführung machen mußten. Wir konnten unser Streikziel nicht erreichen, weil die Herb und Loderer uns verraten haben. Für alle klassenbewußten Gewerkschafter in den Stahlbetrieben ist es klar, daß am 1. Mai das weitergeführt werden muß, was wir mit unserem Streik begonnen haben. Die 35-Stunden-Woche ist für uns nicht erledigt. Der Kampf geht weiter.

RM: Die DGB-Bonzen sehen das aber anders.

N. Bömer: Das ist richtig. Für die örtliche DGB-Führung in Dortmund geht es offenbar darum, unseren Streik und die Erfahrungen dieses großen Kampfes vergessen zu machen. Warum haben sie beispielsweise den Antrag abgelehnt, am 1. Mai den Streikführer von Hoesch-Westfalenhütte, den Leiter des Vertrauensleutekörpers, Hans Riegas, sprechen zu lassen? Es stimmt allerdings, was ein Kollege zu dieser Ablehnung meinte: Wenn sie den Kollegen Riegas sprechen lassen, müssen sie damit rechnen, daß er Kritik an der Gewerkschaftsführung übt. Was die DGB-Führung aus dem 1. Mai machen will, wird ja auch durch ihre seltsame Mai-Plakette dokumentiert.

RM: Aber diese Politik der DGB-Führung stößt gewiß auf Widerstand?

N. Bömer: Klar. Es gibt zum Beispiel alternative Maiplaketten, die von oppositionellen Kollegen in Umlauf gebracht wurden. Bei uns auf der Hütte sieht man Kollegen mit einer Plakette, die die Aufschrift trägt: „Aussperrung verbieten!“ Wir von der RGO sehen unsere Aufgabe darin, die Bewegung für einen kämpferischen 1. Mai in Betrieb und Gewerkschaft zu stärken. Wir setzen uns dafür ein, daß die Stahlarbeiter zahlreich zu den Maikundgebungen und Demonstrationen kommen, um dort für ihre Forderungen zu demonstrieren. Ich glaube, der 1. Mai im Ruhrgebiet wird zeigen, daß die Stahlbarone und die DGB-Führung sich irren, wenn sie glauben, der Kampf für die 35-Stunden-Woche sei jetzt erst einmal vom Tisch.



Annette Schnoor, 33 Jahre, ist Betriebsrätin bei Siemens in Witten. Von Beruf ist sie Akkordarbeiterin. Unser Bild zeigt sie (M.) beim 1. Mai 1978 zusammen mit Kolleginnen.

„Der 1. Mai ist wichtig für uns“

RM: Die RGO hat in Witten zur Teilnahme an der DGB-Demonstration und Kundgebung aufgerufen. Werden am 1. Mai viele deiner Kolleginnen und Kollegen von Siemens/Witten mit dabei sein?

A. Schnoor: Ich glaube nicht, daß es sehr viele sein werden. Die IG Metall mobilisiert bei uns im Betrieb überhaupt nicht. Daß in diesem Jahr vor der Maikundgebung eine Protestdemonstration gegen die Massenentlassungen bei Thyssen Edelstahl und der Glasfabrik DETAG stattfindet, erfuhr die Belegschaft nicht von der IGM oder vom DGB, sondern aus der Tageszeitung. Ein Flugblatt der Gewerkschaft gibt es nicht. Die RGO dagegen hat in einem Maiflugblatt zur Demonstration und Kundgebung aufgerufen. Ebenso auch die KPD/ML mit ihrer Betriebszeitung „Roter Lautsprecher“. Allerdings hängt es nicht nur von der Mobilisierungsarbeit ab, wie breit die Beteiligung am 1. Mai sein wird. Bei uns ist es zum Beispiel so, daß die meisten Kolleginnen und Kollegen von der Tradition des 1. Mai als Kampftag der Arbeiter kaum etwas wissen. Die meisten sind ziemlich jung bei Siemens/Witten. Das Durchschnittsalter liegt ungefähr bei 25 Jahren. Woher sollen sie die Tradition des 1. Mai kennen? Manche haben auch einfach die Nase voll von den DGB-Bonzen und von dem, was die aus dem 1. Mai machen.

RM: Es liegt also nicht daran, daß die Kollegen bei euch nicht kämpferisch wären?

A. Schnoor: Nein, keineswegs. Nehmen wir die Solidaritätskundgebung zum Stahlarbeiterstreik im Dezember letzten Jahres. An dieser Kundgebung, die ja während der Arbeitszeit stattfand, beteiligten sich bei uns 70 Kolleginnen und Kollegen. Das war eine kämpferische Sache. Die Kolleginnen haben dafür übrigens alle eine Verwarnung verpaßt bekommen. Das war also nicht so ganz ohne. Aber bei dieser Solidaritätsaktion war eben Sinn und Zweck klar.

RM: Was ist deiner Meinung nach wichtig beim 1. Mai '79?

A. Schnoor: Wichtig ist, daß er Kampftag wird für die Forderungen, auf die es heute vor allem ankommt. Dafür setzt sich die RGO ein. Das Verbot der Aussperrung und die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich müssen im Mittelpunkt stehen. Das ist auch für uns in der Elektroindustrie sehr wichtig, denn auf uns kommen schwere Angriffe der Unternehmer zu. Durch die Umstellung auf neue Techniken, zunächst einmal vor allem auf Mikroprozessoren, drohen enorme Entlassungsfeldzüge. Das soll so aussehen, daß bei gleichbleibendem Umfang der Produktion die Arbeitsplätze in der Elektroindustrie in den nächsten fünf Jahren halbiert werden. Zum Beispiel Siemens/Gladbeck soll wahrscheinlich stillgelegt werden. Bei Graetz in Bochum sollen von den 1 800 Beschäftigten 1 000 bis 1 200 den Arbeitsplatz verlieren, weil die Produktion ins Ausland verlagert wird. Bei Blaupunkt in Herne laufen bereits Massenentlassungen; im AEG-Konzern bekanntlich ebenfalls. Gleichzeitig wächst die Arbeitshetze, der Akkord wird ständig erhöht. Und weil die Elektroindustrie ja zu jenen Industriezweigen zählt, die hauptsächlich Frauen beschäftigen, wird die Folge dieser Rationalisierungsfeldzüge eine immense Verschärfung der Frauenarbeitslosigkeit sein.

RM: Da heißt es, die Kampfkraft und Einigkeit der Belegschaften zu stärken!

A. Schnoor: Eben. Und deshalb ist der 1. Mai wichtig für uns. Aber als wirklicher Kampftag, an dem wir Arbeiterinnen und Arbeiter unsere Solidarität schmieden, auch über die Grenzen und Kontinente hinweg.

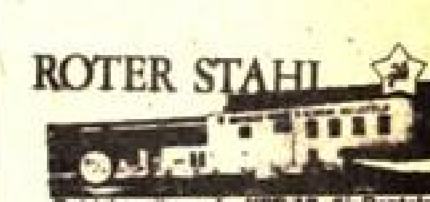




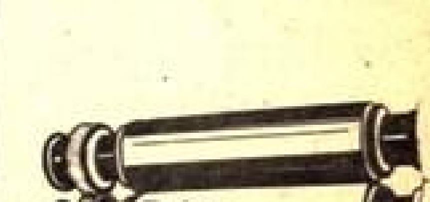


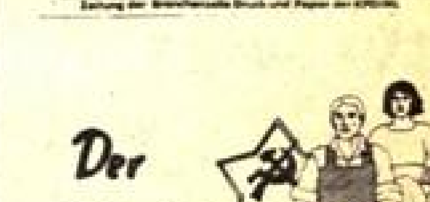


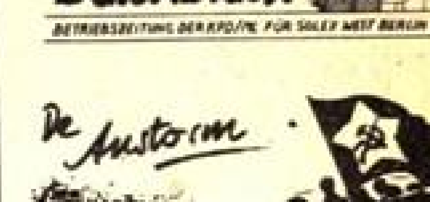


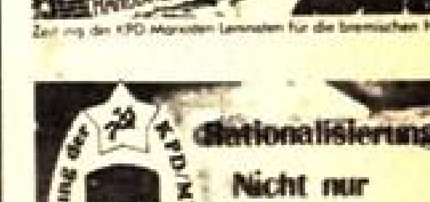





















Reise-land ALBANIEN

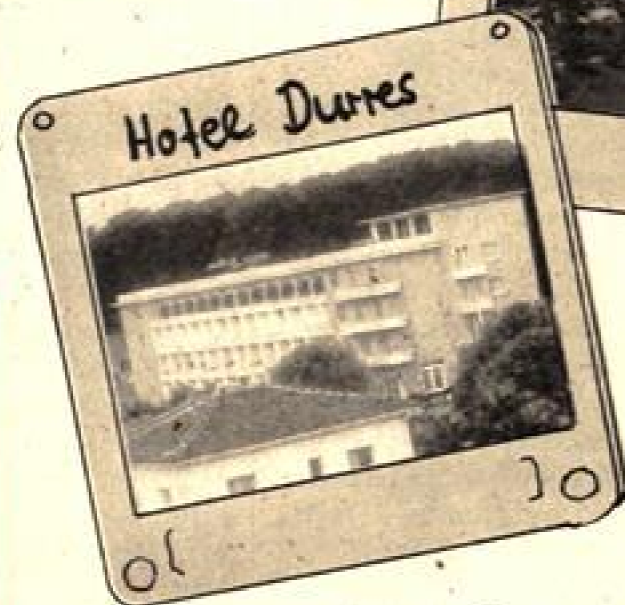
Weite Ebenen an der Adria, tiefe, klare Bergseen in den albanischen Alpen. Früher verkarstetes Bergland, nackte Felsen, jetzt wiederaufgeforstete Hänge und bewässerte Terrassenfelder oder Obstplantagen. Heute fruchtbares Ackerland, wo einst Sümpfe nur Brutstätten für Malaria waren. Wo der Alltag der Menschen noch vor knapp einem Menschenalter von Holzpflug, Spinnrad und Laubhütte geprägt war, stehen heute moderne Häuser und große Industrieanlagen.

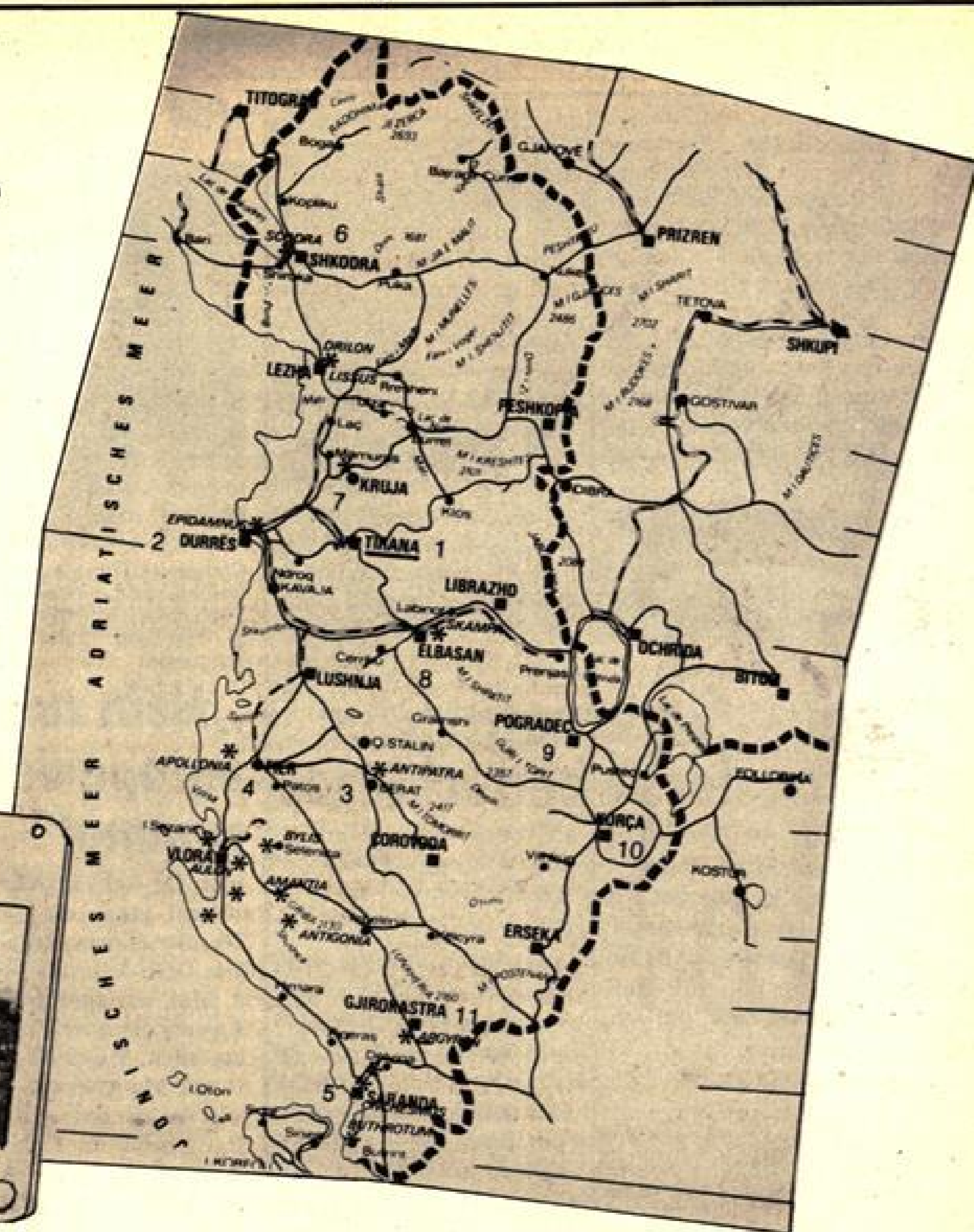
Es gibt wohl kein Land in Europa, das hier so unbekannt ist wie Albanien. Oft wird auch behauptet, über Albanien könne man nichts erfahren, da es keine Besucher ins Land lasse. Das Gegenteil ist richtig, und es lohnt sich, Albanien kennenzulernen, seine reizvolle Landschaft und seine Städte, seine bedeutende Geschichte und seine ganz andersartige Gesellschaft, seine Menschen und seine lebendige Folklore.











Überall im Land begegnen wir den Zeugnissen des Freiheitskampfes der Albaner und spüren ihre Entschlossenheit, Freiheit und Unabhängigkeit zu verteidigen, die nationale Eigenständigkeit zu bewahren.

Durch jahrhundertelange Fremdherrschaft wurde Albanien von einem Land mit hoher Kulturstufe zu dem rückständigsten und ärmsten Land Europas.



Der 500jährigen Unterdrückung im Osmanischen Reich folgte die Annektion durch das faschistische Italien, und schließlich wüteten die Truppen des Hitler-Faschismus im Land, bis sich das albanische Volk aus eigener Kraft 1944 endgültig von allen Unterdrückern befreite.

Trümmer und Seuchen, Rückständigkeit und Analphabetismus waren die Hinterlassenschaften der verjagten Unterdrücker für das neue Albanien. Heute ein Land, das den Luxus einer Konsumgesellschaft nicht kennt, dafür aber steigenden Wohlstand, an dem jeder teilhat:



- *keine Arbeitslosigkeit*
- *die Preise bleiben stabil oder werden gesenkt*
- *die Mieten sind niedrig, fast symbolisch*
- *weder Steuern noch andere Gebühren*
- *dabei aber kostenlose medizinische Versorgung*
- *gesichertes Alter. Werktätige erhalten 70 Prozent des Lohns als Rente, Männer ab 60, Frauen ab 55 Jahren.*

Was man wissen muß...

Die GFA stellt Reisegruppen aus 20 bis 30 Teilnehmern zusammen. Ein erfahrener Reiseleiter betreut die Gruppe. Für jeden Reisenden — auch Kinder — ist ein gültiger Reisepaß und ein Visum erforderlich, Das Visum wird vom Veranstalter als Sammelvisum beantragt. Für das Visum müssen drei Paßbilder eingereicht werden. Für die Einreise gelten besondere Einschränkungen in bezug auf die Frisur und die Kleidung. Bei Männern ist das Tragen längerer Haare und von Vollbärten unerwünscht. Die Visumfotos müssen diesen Anforderungen entsprechen.

In der Nähe der Hafenstadt Durres liegt die Hotelanlage für ausländische Touristen. Dort gibt es einen breiten Strand mit dem sauberen Wasser der Adria. Im Hotelbezirk finden sich verschiedene Möglichkeiten der sportlichen Betätigung wie Volleyball, Tennis usw. Ein typisches Nachtleben, wie es auch aus anderen Touristenzentren bekannt ist, gibt es nicht.

Vom Hotelbezirk aus können Ausflüge in das Land gemacht werden. Sie werden in Bussen der Touristikorganisation Albturist unter Leitung eines Dolmetschers durchgeführt.

Die Preise...

Pauschalpreise pro Person:

Nur **745 DM für 2 Wochen**
Nur **870 DM für 3 Wochen**
Nur **1140 DM für 4 Wochen**

Keine Saisonzuschläge

Im Preis enthalten:

- **Hin- und Rückflug in DC 9**
- **Mahlzeit an Bord**
- **Unterbringung in 2-Bett-Zimmern mit fl. Warmwasser**
- **mehrere Besichtigungsfahrten**
- **Vollpension**
- **Flughafengebühren**
- **Bustransfer Köln-Düsseldorf (an zwei Terminen)**
- **Bustransfer Tirana-Durres-Tirana**
- **Visumgebühren**

Auf Wunsch auch Einzelzimmer, Zimmer mit Dusche und WC oder Unterbringung im Hotel Adriatik (1.-Klasse-Hotel). Preise teilen wir Ihnen auf Anfrage mit.

...familienfreundliche Kinderermäßigungen

		9 bis 14 Jahre	3 bis 8 Jahre*		0 bis 3 Jahre
15.6.	3 Wo	nur 550 DM	400 DM	* Preise für 3-8 Jahre	KOSTENLOS
6.7.	2 Wo	745 DM	400 DM	ohne Landfahrten,	Kein Anspruch auf Sitz-
20.7.	3 Wo	870 DM	475 DM	Unterbringung im	platz im Flugzeug. Mahl-
10.8.	2 Wo	nur 550 DM	300 DM	Kinderbett im Zim-	zeiten und Kinderbett
24.8.	2 Wo	745 DM	400 DM	mer der Eltern, Kin-	werden (wie int. üblich)
7.9.	3 Wo	870 DM	475 DM	derportionen.	direkt im Hotel bezahlt.

Am 15. 6. und 10. 8. gibt es spezielle ***Familienreisegruppen mit besonderer Kinderermäßigung.*** *Dazu: Programm, das auf Eltern mit Kindern abgestimmt ist und* ***Betreuer*** *für die Kleinkinder.*

Reisewettbewerb

Jeder, der fünf (bis neun) Reiseteilnehmer für die Reise A vom 15. Juni bis 6. Juli und/oder für die Reise B vom 6. Juli bis 20. Juli gewinnt, kann selbst für 100 Mark billiger mit uns nach Albanien fahren.

Wer sogar zehn oder mehr Teilnehmer für diese Termine anmeldet, erhält selbst den Flug nach Tirana und zurück bei seinem Urlaub mit uns geschenkt.

Vielleicht machen Sie auch Ihre Kollegen auf diese zusätzliche Möglichkeit, besonders günstig Albanien kennenzulernen, aufmerksam. Natürlich gelten die Prämien auch für Anmeldungen zu unserer Familienreise am 15. Juni.

Direktflug Düsseldorf-Tirana



Die Termine

15.6.	**3 Wochen**
6.7.	2 Wochen
20.7.	**3 Wochen**
10.8.	2 oder 4* Wochen
24.8.	**2 Wochen**
7.9.	3 Wochen

* nur beschränkte Platzzahl für 4-Wochen-Reisen

Abflugzeiten

am 15.6., 6.7., 10.8., 7.9. u. 28.9.:

Düsseldorf ab	**12.00 Uhr**
Tirana an	14.35 Uhr
Tirana ab	15.20 Uhr
Düsseldorf an	**18.00 Uhr**

am 20.7. und 24.8.

Düsseldorf ab	**17.20 Uhr**
Tirana an	19.55 Uhr
Tirana ab	20.40 Uhr
Köln an	**23.20 Uhr**

Reiseanmeldung und weitere Informationen:

Gesellschaft der Freunde Albaniens
Postfach 11 1605
2000 Hamburg 11
Tel. 040/8502736

Verfassungsschutz im Betrieb

Sippenhaft durch Formular „PZD“

Bespitzelung, Regelanfrage beim Verfassungsschutz, Berufsverbote — wer diese Begriffe hört, denkt natürlich sofort an den öffentlichen Dienst. Daß aber die Berufsverbote-Diskussion nur die Spitze eines Eisberges an Bespitzelung freigelegt hat, beweist ein Fall, der jetzt von „Metall“, der Zeitung der IG Metall, aufgedeckt wurde.

Einer Bürogehilfin bei dem Hamburger Handwerksbetrieb Kaeser Klimatechnik (jetzt Noske-Kaeser) wurde noch in der Probezeit gekündigt. Die Gekündigte strengte eine Kündigungsschutzklage an, mit der sie zunächst gegen die angegebene Begründung „mangelnde Leistung und Eignung“ anging.

Im Verlaufe eines zweijährigen Rechtsstreits stellte sich aber heraus, daß das Unternehmen einen ganz anderen Grund hatte. Man hielt ihr vor, daß ihr Mann Mitglied der DKP sei. Personalchef Edler berief sich zunächst auf seine „Geheimhaltungsverpflichtung“, um die Quelle seiner Informationen nicht aufdecken zu müssen. Entlarvt wurde er schließlich durch das Formular „PZD“.

Bei diesem Formular handelt es sich um einen sieben Seiten langen Fragebogen, in dem der Unternehmer die ihm bekannten personellen Daten des Beschäftigten einträgt. Der weitaus größte Teil dieses Formulars wird mit allen möglichen Angaben über das Vorleben, besonders das politische, des „Kandidaten“ ausgefüllt, und zwar vom — Verfassungsschutz! Solch ein Formular „PZD“ brachte schießlich auch ans Tageslicht, warum unsere Bürogehilfin ihre Arbeit verlor.

Dieser Fall beweist schlaglichtartig die erschreckende Tatsache, daß nicht nur der öffentliche Dienst, sondern die ganze „freie“ Wirtschaft vom Verfassungsschutz bespitzelt und auf „politisch unzuverlässige“ Kollegen durchleuchtet wird. Die privatkapitalistische Industrie bedient sich des Verfassungsschutzes, um sich von Beschäftigten freizuhalten, die nicht willige Arbeitssklaven, sondern auf ihren Rechten bestehende Kollegen oder etwa sogar Kommunisten sind. Zu diesem Zweck kann sich jedes Unternehmen — mit dem Formular „PZD“ — an den Verfassungsschutz wenden. In diesem speziellen Fall, weil ihr Mann in der DKP organisiert war.

Diese Praxis der Regelanfrage privater Unternehmen beim Verfassungsschutz ist noch verhängnisvoller als im öffentlichen Dienst. Denn einem mit Berufsverbot belegtem Lehrer-Kandidaten werden die Gründe der Ablehnung wenigsten mitgeteilt. Wer in die Fänge des Bespitzelungsapparats im privatwirtschaftlichen Bereich gerät, kann unter Umständen jahrelang über seine „mangelnde Eignung“ oder „mangelnde Fähigkeit“ nachdenken, ohne zu merken, daß „der große Bruder“ aus ganz anderen Gründen sorgsam über seine Nichteinstellung wacht!

Das Titelblatt des Formulars „PZD“.

Die Geheimhaltung dieser Bespitzelung ist gewährleistet, denn Hamburgs Innensenator Staak lehnte jede Mitteilung an die Betroffenen über die von ihnen gespeicherten Angaben ab.

Den Kapitalisten eröffnen sich herrliche Zeiten. Durch ein Urteil der III. Kammer des Landesarbeitsgerichts Hamburg ist ihnen das Recht zugesprochen worden, von mehreren Entlassungsgründen nur einen für die Kündigung zu benutzen. Was das bedeutet, kann man sich leicht am Falle der Bürogehilfin klarmachen:

Der Kaeser-Unternehmer hat einen Entlassungsgrund: Der Mann ist in der DKP. Daraufhin erfindet er einen zweiten Grund, nämlich „mangelnde Eignung“. Nun hat er offiziell zwei Entlassungsgründe. Er verwendet aber nur den zweiten, weil er ja nur einen anzugeben braucht. Und die Betroffene erfährt nie den ersten, den wirklichen Grund ihrer Entlassung. (Es sei denn, sie nimmt einen langwierigen Rechtsstreit auf sich, der eventuell die Wahrheit ans Licht bringt.)

Dieses Bespitzelungssystem des Verfassungsschutzes ist ein Willkürinstrument in der Hand der Kapitalisten, um ihre Betriebe von jeder klassenkämpferischen Regung, ja letztlich von jeder effektiven gewerkschaftlichen Tätigkeit reinzuhalten. Dieses Spitzelsystem muß weg.

Bonn hüllt sich in Schweigen

Proteststurm gegen Majdanek-Urteile

Ungeachtet aller Proteste im In- und Ausland gegen die skandalösen Freisprüche im Düsseldorfer Majdanek-Prozeß hüllt sich die Bonner Regierung in Schweigen.

Die Presse der meisten Länder Europas nimmt gegen dieses Urteil Stellung und hebt die Fragwürdigkeit der Bonner Justiz hervor. Sogar offizielle Vertreter westlicher kapitalistischer Länder bringen ihr „Befremden“ gegenüber der Bonner „Vergangenheitsbewältigung“ zum Ausdruck. Nie war die Bonner Regierung, selbst unter den anderen kapitalistischen Regierungen, so isoliert wie in der Frage der Behandlung des Nazi-Faschismus!

Mit Empörung erfahren die Völker den verzweifelten Ausruf eines von den Nazi-Anwälten in Düsseldort gequälten Zeugen: „Majdanek war kein Sanatorium, Herr Richter, es war ein Schlachthaus!“ Wie nötig dieser Hinweis für die Richter war, beweist das Urteil.

Die „Interessengemeinschaft ehemaliger Widerstandskämpfer in den vom Faschismus okkupierten Ländern“ (IEDW) fordert den Kampf nicht nur gegen die Verjährung, „sondern gleichzeitig gegen die Justiz, die mit solchen Urteilen eine Nichtverjährung unterläuft“.

Auf der am 21. April in Straßburg von über 20000 Teilnehmern abgehaltenen internationalen, antifaschistischen Kundgebung wurde eine Deklaration verabschiedet, aus der wir im folgenden auszugsweise zitieren:

„Vor 34 Jahren befreiten die Antihitlerkoalition und die nationalen Widerstandsbewegungen Europa von der Herrschaft des Nazismus und Faschismus. (...) Schon 1933 waren mit dem Machtantritt Hitlers die ersten Konzentrationslager errichtet worden, **in die als erste die Deutschen geworfen wurden, die die Diktatur bekämpften.**

Krieg und Terror der Nazis hatten die Menschheit mehr als 50 Millionen Tote, Soldaten und Zivilisten, gekostet. (...)

Den Forderungen der Völker folgend, verurteilte das Internationale Tribunal in Nürnberg das Naziregime in seiner Gesamtheit und seine hauptsächlichen Unterdrückungsinstrumente, die Nazipartei, die Gestapo, die SS als verbrecherisch.

Doch:

— Heute noch laufen zahlreiche dieser Verbrecher frei herum; das ist eine Ermunterung für faschistische und rassistische Umtriebe.

— **Heute verherrlicht die SS, die sich ungehindert in Verbänden unter den Zeichen ihrer alten Einheiten organisieren kann,** ihre ‚Heldentaten‘, feiert die Henker, wagt es, für sich die ‚Soldatenehre‘ zu verlangen, verleumdet ihre Opfer, organisiert provokatorische Treffen.

— Heute treiben die Nazis und ihre Nachahmer in verschiedenen Ländern eine aktive Propaganda; **dabei profitieren sie von einem schuldhaften Entgegenkommen.** Sie fälschen die Geschichte, sprechen von der ‚Auschwitz-Lüge‘ und bestreiten den Völkermord an Juden, Zigeunern und Slawen. (...) Sie verkünden eine ‚neue europäische Ordnung‘ Hitlerscher Prägung. Sie haben bereits ihre paramilitärischen Einheiten. (...)

Wir Widerstandskämpfer und Opfer des Nazismus aller Richtungen, am heutigen 21. April 1979 aus 18 Ländern nach Straßburg gekommen, fordern im Namen der Opfer, die die Menschheit gebracht hat, (...)

• **daß überall, besonders in der Bundesrepublik Deutschland — entsprechend den Beschlüssen der UNO — die Unverjährbarkeit der Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit anerkannt und angewandt wird,**

• **daß die Verbände der ehemaligen SS aufgelöst werden,**

• **daß überall die nazistische Propaganda und die Rassenhetze aktiv bekämpft und unterbunden werden. (...)“**

Anhörung in Bonn:

Faschisten wurden angehört!

Mit Empörung mußten Ausländerverbände wie der Verband türkischer Lehrer in NRW zur Kenntnis nehmen, was sich bei der jüngsten Bonner Anhörung über „Zukunftschancen der Kinder ausländischer Arbeitnehmer“ abspielte.

Zu dieser Anhörung wurden Vertreter von nur zwei Ausländerorganisationen, darunter das „Islamische Kulturzentrum“, eingeladen. Dieses „Kulturzentrum“ ist eine Tarnorganisation der berüchtigten türkischen MHP-Faschisten („Graue Wölfe“), die die türkischen Jugendlichen und Kinder in antikommunistischem Geist erziehen und mit Hilfe der Religion fest an den Faschismus ketten soll.

In seiner „Koranschule“ lernen die türkischen Kinder zum Beispiel folgende Frage Nr. 49: „Welche Strafe verdient jemand, der nicht nach den Priestern Safii und Malik betet?“ Antwort: „Wenn er nicht Reue zeigt und betet, soll er getötet werden.“

Wer ein Volk nach solchen „Lebensregeln“ drillt, ist offensichtlich geeignet für die Beratungen mit dem deutschen Bundestag. Obwohl die Enthüllung über den „Kulturverein“ vor der Anhörung bekannt wurde, forderte der CDU-Abgeordnete Hasinger unverblühmt, die faschistischen Vertreter zu Wort kommen zu lassen.

Der SPD-Abgeordnete Klaus Thüsing: Die Vertreter des „Islamischen Kulturzentrums“ seien korrekt eingeladen worden. Hätte man allerdings die Hintergründe gekannt, wären sie nicht eingeladen worden. Auch ausländische faschistische Organisationen würden in der Bundesrepublik energisch bekämpft!

Wie energisch auch ausländische faschistische Organisationen bekämpft werden, enthüllte jetzt die IG Metall: So schlossen jetzt die Vorsitzenden griechischer und italienischer neofaschistischer Organisationen einen Vertrag über Zusammenarbeit in Westdeutschland!

Die frommen Wünsche jenes SPD-Abgeordneten ändern nichts an der Tatsache, daß der Bonner Staat mit Faschisten aller Art zusammenarbeitet.

Todesstätte „Krümmede“

Über den erschütternden Selbstmord des 14jährigen Dortmunder Jungen Rudi Anuth berichteten wir in unserer letzten Ausgabe. Kurz darauf lieferte die Justizvollzugsanstalt „Krümmede“ in Bochum einen zweiten Toten:



Der 22jährige Klaus-Dieter Z. starb kurz nach seiner Einlieferung an Rauschgift. Als Rauschgiftsüchtiger wurde er eingeliefert und seinem Schicksal überlassen ohne betreut zu werden. Auch dieser Tod hätte vermieden werden können. Aber das Leitmotiv für deutsche Jugendhaftanstalten ist offenbar: Einsperren — aburteilen — einsperren.

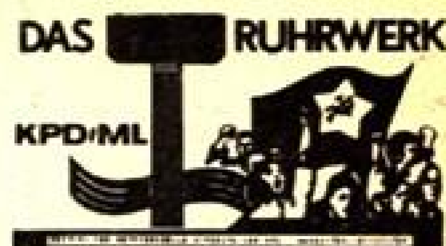
Daß es die „Segnungen“ der kapitalistischen Gesellschaftsordnung sind, die Jugendliche „auf die schiefe Bahn“ oder in die Rauschgiftszene treiben, dafür gibt es natürlich bei den Gewaltorganen dieses Staates wie Polizei und Justiz kein Verständnis. Der leitende Oberstaatsanwalt Rauschendorf: Einzelhaft bei Jugendlichen ist oft „aus öffentlichem Interesse nötig!“

Mit welchem pädagogischen Feingefühl die verantwortlichen Stellen an die Probleme herangehen, zeigt sich daran, wie Krümmede-Leiter Regierungsdirektor Berg die Einzelhaft für Kinder verteidigt: „Tut man die Jugendlichen zusammen, dann tätowieren die sich von oben bis unten oder stellen anderen Unfug an.“ Deshalb also: ab in die Einzelhaft! Deshalb auch wird der „Bochumer Kontaktgruppe für Straffällige“ untersagt, am Wochenende mit den jugendlichen Häftlingen zu arbeiten.

Wie zu hören war, nehmen Bochumer Bürger das „Sterben im Knast“ nicht länger hin und bilden eine Initiative. Man kann nur hoffen, daß es den Behörden nicht gelingt, die wegen dem Tod von Klaus-Dieter Z. ergangene Strafanzeige nach einiger Zeit wieder unter den Tisch zu kehren.

Gewerkschafter verurteilt

Zu 600 Mark Strafe wurde der Maschinenschlosser und IG-Metall-Vertrauensmann Wolfgang Gruber verurteilt, weil er zusammen mit 500 Antifaschisten eine Kundgebung der NPD in Darmstadt verhindert hatte. Mutig stellte der Gewerkschafter vor Gericht heraus, daß sein Vorgehen politisch und moralisch zwingend notwendig gewesen sei. Insbesondere wandte er sich gegen den Schutz der Faschisten durch Polizei und Justiz. Gewerkschaftskollegen unterstützen ihn durch Spendensammlungen.

















Krankenhauszeitungen der KPD/ML und der Roten Garde



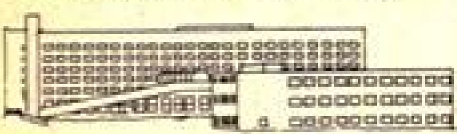






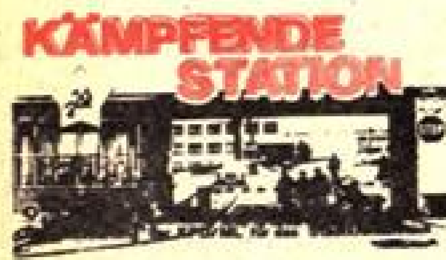








Kämpfende Klinik



KÄMPFENDE STATION

Stadtteilzeitungen der KPD/ML



















Ein fast normaler Abend

Volkskorrespondenz aus Essen

Mittagschicht. Es ist gerade acht Uhr durch, als ich die letzten Schrauben anziehe und das Werkzeug zusammenpacke. Die Schleifbank ist eingerichtet, alles was mir noch fehlt, ist eine Messuhr und das Material. Ich gehe zum Schreibtisch des Vorarbeiters und treffe dort Wolfgang, den Zwischenrevisor, und Karl, den ältesten Schleifer unserer Abteilung.

„Fertig?“ fragt Karl.

„Klar, mit den Nerven“, antworte ich. Dann bekommt Wolfgang von mir einen leichten Stoß in die Seite. „Los Ollen, mach mal 'ne Uhr fertig. Maß 18, plus-minus anderthalb Hundertstel.“ Doch der sieht mich nur groß an.

„Mann, guck' mal auf die Uhr! Willst du jetzt noch anfangen zu schleifen?“

„Nur 'ne halbe Kiste, bis das Maß richtig steht. Du machst die Uhr fertig und ich hol' das Material aus dem Keller.“

„Ich komm mit.“ Karl folgt mir, und ich weiß genau, was ihn in den Keller zieht: Paul, sein alter Kollege hat Geburtstag, und er will sich seinen Schnaps abholen.

Auf dem Weg erzählt Karl von alten Zeiten: „Nach acht Uhr noch mit 'ner neuen Sorte anfangen. So was hat es früher nicht gegeben. Bis vor einigen Jahren haben wir im Sommer schon um sieben Uhr hinten auf dem Rasen Fußball gespielt. Sogar der Alte war dabei.“

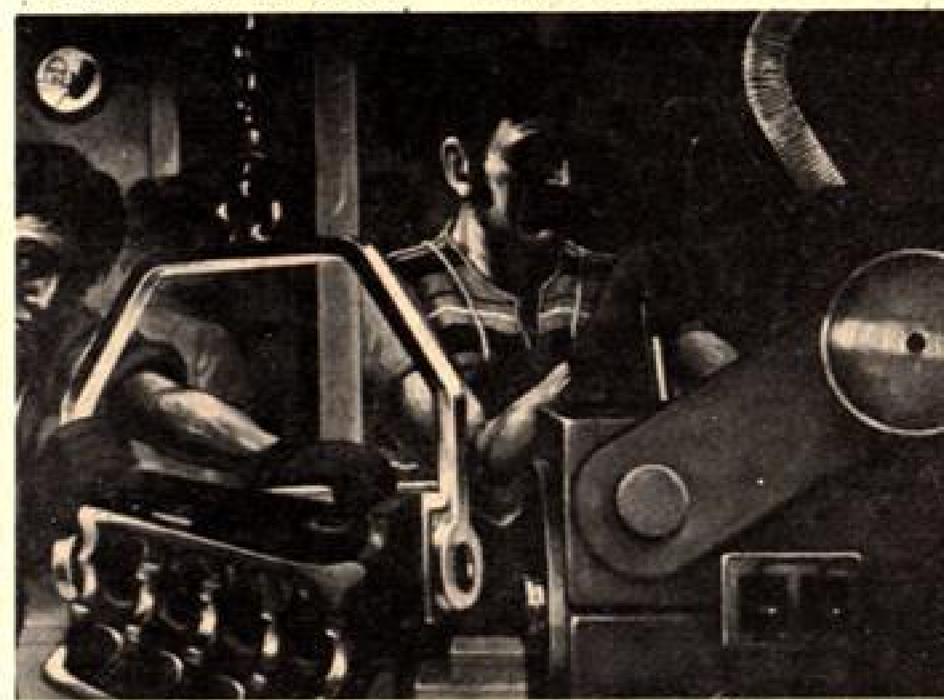
„Was?“ frage ich ungläubig. „Der Betriebsleiter?“

„Sicher. Damals war er ja noch ein kleiner Elektriker. Und jetzt will er davon nichts mehr wissen. Er treibt uns an und sorgt dafür, daß so was nicht mehr vorkommt.“

„Das stimmt“, bestätige ich. „Wenn man bis halb neun oder neun Uhr fertig sein will, muß man ganz schön reinhauen.“

Inzwischen sind wir im Keller angekommen. Karl geht in die Presserei zu Paul, und ich suche im Ofenraum nach dem Material.

Doch allein kann ich es nicht finden, und der Ofenmann ist nicht da. Sicher ist er in der Presserei und holt Rohmaterial für die Öfen. Also gehe auch ich in die Presserei und muß dabei an Pauls Maschine vorbei.



Günther Danco: Ausländische Arbeiter bei BMW, 1975

„Komm“, ruft der auch gleich, „trink einen mit.“ Gerade das hätte ich gerne vermieden, denn Paul bringt immer Klaren mit, und Klaren kann ich nicht ausstehen. Als er jedoch eine Flasche Weinbrand hervorholt, ändert sich mein Gesicht schlagartig, und aus dem einen werden schnell drei. Über den Schnaps und die folgende Unterhaltung vergesse ich den Ofenmann und sein Material sehr schnell.

„Ne“, meint Karl. „Langsam drehen die ganz durch. Das is' doch hier keine Arbeit mehr. Ich will ganz ehrlich sein: Seit einem halben Jahr muß ich jeden Monat Minuten aus unserem Pott nehmen, sonst komm ich mit meinem Akkorddurchschnitt nich' hin. Und das nach vierzig Jahren hier, wo ich nie Schwierigkeiten hatte.“

„Wir werden eben älter, Karl.“

„Ach was“, widerspreche ich Paul. „Wir haben oben alle unsere Schwierigkeiten, und die werden . . .“ Ein lauter Schmerzensschrei unterbricht mich. Ich sehe mich um, doch es dauert einige Sekunden, bevor ich erfasse, was geschehen ist: Ein italienischer Kollege steht auf der hölzernen Plattform vor seiner Maschine; seine linke Hand ist vom Oberstempel eingeklemmt. Und es vergehen weitere Sekunden, in denen sich die verschiedensten Gedanken in meinem Gehirn jagen. Doch dann laufe ich los. Vor mir ist der Einrichter auf der Plattform und fährt den Stempel hoch. Kaum ist die Hand frei, bricht der Schmerzensschrei ab, und der junge Italiener fällt in unsere Arme.

Ich sehe die blutige Hand und kann nicht verhindern, daß mir etwas mulmig wird. Sechs kleine, rechteckige Stempel haben die Hand in Höhe des Daumenansatzes zerquetscht.

Der Vorarbeiter, er ist hier auch gleichzeitig Ersthelfer, schiebt mich zur Seite und kümmert sich um den Verletzten, der jetzt ganz ruhig daliegt. Ich laufe zum Telefon, doch auch hier hat schon ein Kollege gehandelt und über den betriebsinternen Notruf einen Krankenwagen angefordert. Am Erste-Hilfe-Schrank stehen zwei Kollegen und versuchen, die Krankentrage auseinanderzuklappen. Es ist jedoch sinnlos, die Trage ist uralt und total verrostet. Ein weiterer Kollege kommt von der Verbandsstelle zurück, er hat den Sani nicht auftreiben können. Nun wird telefoniert, denn irgendwo muß er ja stecken.

Ein Dutzend Kollegen und Kolleginnen umstehen den Verletzten, doch kaum einer spricht. Langsam verstreichen die Minuten. Fünf — zehn — fünfzehn. Erst dann ist das Martinshorn des Krankenwagens zu hören.

„Die fahren wohl einen Diesel und mußten den erst vorglühen, wa?“ scherzt einer, doch sein Gesicht bleibt ernst. Sekunden vor den Krankenwagenfahrern kommt der Sani herangehechelt.

Seine dünnen Beine knicken fast unter der Zweizentnerlast seines Körpers ein, Schweißperlen stehen auf seinem roten, breiten Gesicht.

„Ich war noch in einem anderen Betrieb, da war auch ein Verletzter, ich kann da auch nichts dran machen“ stammelt er ziemlich verlegen. Niemand antwortet ihm.

Die Krankenwagenfahrer schieben ihn beiseite und legen den Verletzten auf die Trage. Der Ersthelfer gibt ihnen in kurzen Worten über die Art der Verletzung und seine Maßnahmen Auskunft. Dann wird unser Kollege hinausgetragen.

„Für en halbes Jahr is der weg“ sagt Paul. Er kennt sich mit Verletzungen aus. Sein rechtes Bein hat er bei einem Arbeitsunfall verloren, und der rechte Arm ist seit zwei Jahren steif; auch durch einen Arbeitsunfall. „Aber bei der Maschine war das nur eine Frage der Zeit. Jeder hier weiß, daß dieses Scheißdingen allein runterkommt.“

„Du meinst, der Stempel ist von allein heruntergekommen, der Kollege hat gar nicht gepreßt?“ frage ich.

„Beim Pressen muß er beide Hände auf den Knöpfen haben, da kann nichts passieren. Nein, da is ne Undichtigkeit in der Hydraulik, das Dingen ist von allein runtergekommen. Außerdem wär' bei ner Pressung die Hand ganz kaputt gewesen, die Maschine preßt mit zwanzig Tonnen.“

„Selbst ich als Schleifer, der gar nichts mit der Presserei zu tun hat, weiß, daß eine ganze Reihe Maschinen hier kaputt sind und dann und wann von alleine runterkommen. Aber solange sie noch einigermaßen pressen, werden die nicht repariert“ ergänzt Karl.

„Hauptsache, die Produktion läuft.“ Ich zünde mit eine Zigarette an, denn die Sache hat mich mächtig mitgenommen. Der Kollege war, ebenso wie ich, gerade erst zweiundzwanzig Jahre alt, und jetzt ist er vielleicht seine Hand los. Und ich wette, die Maschine läuft morgen auf Mittagschicht schon wieder. „Guiseppe kann froh sein, wenn man nicht ihm selbst die Schuld an dem Unfall gibt.“ Paul kennt die Gebräuche hier tatsächlich, denke ich bitter. „Ob die Maschine morgen mittag läuft oder nicht, ist zuletzt unsere Sache“ wirft Karl ein.

„Ich bin dabei“ sage ich sofort, denn die Empörung brennt heftig.

Paul sieht uns eine Weile an. „Der Versuch würde sich sicher lohnen.“ „Schließlich sind es unsere Knochen.“

„Die stehen gegen ihren Profit.“

Als wir dann um halb elf Uhr unter der Dusche stehen, sagt Karl: „Irgendwie freu' ich mich auf die Schicht morgen.“ Und dabei lächelt er und zwinkert mit dem Auge.

Am besten, Sie gehen auf Rente

Volkskorrespondenz aus Westberlin

Ein Amtsarzt. Wie so viele seiner Art als Mediziner nicht gerade eine Leuchte. Vielleicht hatte er früher einmal — viel früher — Vorstellungen gehabt, Menschen zu kurieren, aus Humanität vielleicht. Heute hat er seinen Posten. Eine sichere Position beim Arbeitsamt. Geregelte Arbeitszeit. Sicheres Gehalt. Wohl keine großen Aufstiegschancen, aber immerhin. Und dann diese Gutachten. Ein paar Zeilen und eine Unterschrift können darüber entscheiden, ob irgendein Mensch — man kennt ihn nicht einmal — neue Berufsmöglichkeiten bekommt oder abgeschoben wird; ein paar Zeilen und eine lumpige Unterschrift. Dabei kein großer Aufwand, keine großen Untersuchungen, kein Kopfzerbrechen, nur die Vorschriften, das Arbeitsamt ist dazu da, sich Arbeitslose und Arbeitsuchende vom Hals zu schaffen. Wie gesagt, mit einem Federstrich.

Phantasie? Üble Nachrede? Dazu eine kurze Geschichte, geschehen vor kurzem.

Ein Akademiker, nennen wir ihn Klaus, Anfang 30, wird arbeitslos und gerät in die Mühlen des Arbeitsamtes. Ständige Laufereien, Briefe und Telefonate. Er wartet; wartet, daß ihm das Arbeitsamt eine Stelle vermittelt. Doch er erhält keine Stelle. Stattdessen wird er zu diesem Amtsarzt bestellt, nennen wir ihn Dr. Manthey. Warten im Vorzimmer; Ausziehen bis auf die Unterwäsche; „Wie war doch gleich Ihr Name?“ Der Amtsarzt gibt sich väterlich streng. Gleichgültig mißt er den Pulsschlag, das Herz, mißt Körpergröße, Gewicht, alles sehr schwerwiegende Untersuchungen. Die Frau am Schreibtisch schreibt fleißig mit. Eigentlich fast wie bei einer Musterung. Auch die Reflexe stimmen. Der Amtsarzt gebietet Klaus aufzustehen. Dr. Manthey schreitet um Klaus herum und mustert ihn, wie man ein Pfund Fleisch mustert, zu dick, zu dünn, fett, mager ... Klaus darf wieder Platz nehmen. Der Amtsarzt blickt durchdringend, als wüßte er über alles Bescheid. „Welches Datum haben wir heute?“ Klaus denkt: „Welche Frage, ich bin doch nicht verrückt.“ Dann blickt der Amtsarzt auf Klaus' Handgelenk; einige Narben darauf, die er sich kurz vorher bei einer Autoreparatur zugezogen hatte. „Was haben Sie da gemacht?“ „Bei einer Reparatur in der Wohnung.“ Lieber nicht die Wahrheit sagen, sonst gilt das gleich als Schwarzarbeit. Soll Klaus ein potentieller Selbstmörder sein? Es ist ein unerträgliches Verhör...

Die Untersuchung ist abgeschlossen; kaum zehn Minuten hat sie gedauert. Für Dr. Manthey ist der Fall wohl erledigt. Für Klaus nicht. Er muß warten, welches Ergebnis das Gutachten bringt. Er erfährt es dann einige Zeit später. Nach dem Gutachten des Dr. Manthey ist Klaus nicht konzentrationsfähig; er könne in seinem Beruf nicht mehr vermittelt werden, heißt es. Auch eine Umschulung könne nicht gewährt werden, denn Klaus sei nicht konzentrationsfähig...

Klaus hat nie gesagt, daß er in seinem erlernten Beruf nicht arbeiten kann oder will; nur findet er keine Stelle. Er hängt an seinem Beruf. Er erfährt, daß wir in Zuständen leben, wo ein Amtsarzt nach Gutdünken ein Berufsverbot erteilen kann. Und das mit einem Federstrich. Soll man da noch Vertrauen haben ins Arbeitsamt, in die „Objektivität“ eines Amtsarztes?

Berichtigung

Betr.: „Roter Morgen“ vom 20. April 1979, Rubrik Volkskorrespondenz.
Da aus ihrer Überschrift „Aus der Arbeit unserer Frauengruppe“ fehlerhaft die Meinung entstehen könnte, daß die Kitzinger Frauengruppe der KPD/ML zuzuordnen ist, möchten wir richtigstellen, daß es sich hier um eine überparteiliche Verbindung handelt.

I. A.
Frauengruppe Kitzingen

Spende

Ich bin seit etwa drei Jahren Leser des „Roten Morgens“. (...) Für mich ist es an der Zeit, diese hervorragende Zeitung etwas zu unterstützen. Ich bin Lehrling zum Steuerfachgehilfen und kann nach Abschluß meiner Lehre bestimmt mehr geben. Ich lege diesem Brief eine Spende von 200 Mark bei und verbleibe mit freundlichen Grüßen

N. N.,
München, den 21.4.79

Bestellen Sie Informationsmaterial der KPD/ML

- ○ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD/ML
- ○ Ich möchte den „Roten Morgen“, das Zentralorgan der KPD/ML, abonnieren
- ○ Ich bitte um Zusendung einer Probenummer des „Roten Morgen“
- ○ Ich möchte zu Veranstaltungen der KPD/ML eingeladen werden

Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Datum: .... Unterschrift: ....

Ausschneiden und einsenden an das **Parteibüro der KPD/ML, Wellinghofer Straße 103, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30.**

Aktion: Leser werben Leser

- *Wer einen neuen Abonennten wirbt, erhält den revolutionären Roman „Als die Nacht verging“ von Iwan Popow (zwei Bände) oder die Elbspeelers-LP „Nach der Arbeit“;*
- *Für zwei neue Abonnenten gewinnt man Band I und II der Ausgewählten Werke des Genossen Enver Hoxha oder das Album der „Schmetterlinge“: „Proletenpassion“;*
- *Für drei oder mehr neue Abonnenten erhält man sage und schreibe eine Gesamtausgabe der Werke des Genossen Stalin oder das Schallplattenalbum mit dem Stück von Bert Brecht „Die Mutter“. Wenn das nichts ist! Also nichts wie ran!*

Übrigens:
Im letzten „Roten Morgen“ ist uns ein bedauerlicher Fehler unterlaufen. Auf dem Bestellschein, der der Ankündigung über die Preiserhöhung beigefügt wurde, wurde der Preis für das Jahresabonnement korrekt mit 60 DM angegeben, das Halbjahresabonnement wurde falsch mit 15 DM angegeben und in dem Bestellschein auf Seite 12 waren noch die guten alten Preise enthalten. Offensichtlich konnte sich unser Lay-out nicht so recht mit den neuen Preisen anfreunden. Wir hoffen, daß uns die Leser jetzt nicht beim Wort bzw. bei der Zahl nehmen und nur noch Halbjahresabonnements zum „Sonderpreis“ bestellen!



Aus einer Reportage von Andor Gábor

Erster Mai 1929

Der Blutmai

I. Es brodelt

Berlin, 20. April 1929

Gestern abend ist am Wedding, in einigen Straßen, in denen ausschließlich Arbeiter wohnen, eine spontane Demonstration gegen das Maiverbot entstanden. Die Polizei war unvorbereitet. Sie meinte, Zörgiebels Verbot sei den Proleten so mächtig in die Knochen gefahren, daß sie sich nicht mehr zu bewegen wagen. Einige Polizisten hielten es für ihre Pflicht, herbeizueilen und „Ordnung herzustellen", obgleich sich alles in größter Ordnung abspielte. Sie wurden entwaffnet. Das geschah in wenigen Minuten, es geschah leicht, einfach und schmerzlos. Wären die Polizisten nicht so rabiat gewesen, das heißt, hätten sie nicht um jeden Preis schießen wollen, wären sie mit heiler Haut davongekommen. Sie waren aber so aufgepulvert, so aufgeputscht von ihren Offizieren, daß sie immer wieder „knallen" wollten. Da bekamen sie einige — vielleicht unsanfte — Püffe, man nahm ihnen Revolver und Gummiknüppel ab, und man zeigte ihnen mit einigen — vielleicht energischen — Fußtritten den Weg zur Wachstube.

Huuh! sind heute früh die bürgerlichen und sozialdemokratischen Zeitungen aufgebracht! In den Reportagen flutet und sprudelt das Polizeiblut, obwohl in Wirklichkeit kein Tröpflein geflossen ist. Die demonstrierende Masse verhielt sich, wie immer, äußerst besonnen und würdevoll. Die Polizei aber soll zum 1. Mai „vorbereitet" werden, sie soll in „Pogromstimmung" versetzt und zur „Rache" aufgestachelt werden. Mit einem Wort: am 1. Mai *soll* in Berlin Blut fließen, damit nachher die Frage aufgeworfen werden kann: „Wer ist für das Blut verantwortlich?"

II. Bürgerkrieg

Berlin, den 2. Mai 1929

Wir stehen unter dem Viadukt der Stadtbahn in der Gerichtstraße und starren rostbraune Flecke auf dem kieselbelegten Bürgersteig an.

„Blut! . . .", sagt still ein Arbeiter. „Und hier auch Blut!"

Er zeigt auf eine eingetrocknete Lache. Dann zeigt er noch zwei ähnliche Flecke. Sie sind unbedeutend. Sie bedeuteten gestern fünf Menschenleben. Er erzählt, wie es geschah.

In der Mitte des Nettelbeckplatzes steht ein Kiosk. Der war von der Polizei besetzt, von der Polizei Zörgiebels, des Sozialdemokraten. Maschinengewehre, Minenwerfer waren vorbereitet. (Wozu?) In der Pankstraße knüppelte die Polizei die Demonstranten unbarmherzig auseinander. Die Passanten retteten sich nach allen Richtungen hin, und hier, unter dem Viadukt, standen neun Leute und sahen neugierig auf den Platz, auf das kriegerische Polizeizentrum. Plötzlich knallten von dorther Schüsse. Warum? Die neun Arbeiter standen ruhig unter dem Viadukt, sie meinten, es würde in die Pankstraße hineingeschossen, wo Demonstranten marschierten. Hätten sie gewußt, daß sie beschossen werden, so hätten sie hinter den Stahlpfeilern des Viadukts Deckung finden können. Sie suchten aber keine.

„Die Schüsse krachten", erzählt der Arbeiter, „man gewöhnt sich schnell an das Geknatter. Da fiel mein Nebenmann rechts. Nanu? Ich dachte, er duckt sich bloß, weil er's mit der Angst bekommen hat. Dann fiel der andere, links von mir, und noch zwei fielen nieder und bewegten sich nicht mehr. Erst als der fünfte fiel und zu zucken begann und stöhnte, sahen wir, was los war. Die vier aber waren tot. Das sind die vier Blutlachen. Dem fünften rann das Blut in den Mantel, er wollte sich wegschleppen, wir wollten ihm helfen, die Polizisten gingen aber in Attacke über und brüllten uns an: ‚Laßt das Gesindel liegen!'

Ich beugte mich über den Verwundeten, bekam aber von hinten einen Fußtritt, daß ich auf ihn fiel. Das war gut, die nachrennenden Schupos dachten, ich sei schon erledigt, sie schossen nicht mehr auf mich."

Das war gegen Mittag, als das Märchen über die „Dachschützen" noch nicht ausgedacht war. So wurde die Stimmung am Wedding für die Ereignisse, die die Polizei für den Nachmittag plante, vorbereitet . . .

Vom frühen Morgen bis in die späten Nachmittagsstunden gejagt, gehetzt, niedergeknüppelt, wie Hasen niedergeschossen, raffte sich die Weddinger Arbeiterschaft zur Abwehr auf. Ganz in der Nähe, an der Ecke der Kösliner und der Weddingstraße, wurde schnell eine Barrikade gebaut, um die toll gewordene Polizei nicht in die Straßen hineinzulassen.

Wir gehen hin.

Die Barrikade von gestern ist schon zerstört, die zwei kurzen, grauen Proletenstraßen wimmeln von Arbeitern. Man will sich das Schlachtfeld des Bürgerkrieges anschauen. Es sind keine vierundzwanzig Stunden seit der großen Spannung vergangen. Die Asche glüht noch. In beiden Straßen summt es wie in einem Bienenkorb. Alles wird genau erklärt und gezeigt. Die Arbeiter verteidigten sich fünf Stunden lang hinter der sehr primitiven Barrikade. Sie bestand aus Balken und aus etwas Baumaterial, Pflastersteinen und Teertonnen. Die Polizei ging mehrmals zum Sturm vor und wurde immer wieder zurückgejagt, nicht etwa mit Schüssen: mit Steinhagel bloß. Es „mußte" also ein Panzerauto mit Maschinengewehren herangeholt werden. (Im Schlachtbericht nennt der „Vorwärts" das Panzerauto einen „Sonderwagen"). So kam die Zörgiebel-Armee in die Kösliner Straße und begann ihre Strafexpedition. Beide Häuserfronten wurden mit Scheinwerfern beleuchtet, mit Maschinengewehren „bestrichen". Erstes Opfer ein alter Sozialdemokrat (Max Gemeinhart hieß er), der zum Fenster gegangen war, um nachzuschauen, ob seine Genossen, die angeblich sozialdemokratisch organisierten Schupos, „tatsächlich so brutal seien". Zweimal wurde auf den gefährlichen Feind, auf den ahnungslosen alten Mann im Fenster gezielt. Der zweite Schuß traf. Die ganze Kösliner Straße wurde ausgeräuchert, man trieb die Männer mit Kolbenschlägen aus den Häusern. Auf der Straße: „Hände hoch, Hund, sonst knall ich dich nieder!"

Die Straße wimmelt und summt. Alle erzählen Einzelheiten, alle waren dabei. Man kann sich die viehische Brutalität der Szenen gar nicht vorstellen — so glauben sie. Ich kann's aber. Auf einmal, wir sind im Gespräch vertieft, hören wir Rufe: „Die Schupo kommt!"

Wieso? Warum? Hier ist doch jetzt nichts los?

„Straße frei!" brüllen die Schupos. „Straße frei!"

„Pfui! Bluthunde! Schämt euch!" ertönt es von allen Seiten. Die Leute sind mutig, sie meinen, sie hätten sich ihre Meinungsfreiheit mit dem gestrigen Blut erkauft.

Da kracht es wieder. Man traut seinen Ohren nicht. Was war das? Hat die Schupo wirklich wieder geschossen? Bloß weil man „Pfui!" gerufen hat?! Erregtes Drängen und Laufen, erbittertes Aufheulen der Massen. Sie lichten sich, wir sehen von der einen Seite die anmarschierende Polizei mit den noch rauchenden Waffen, und in der Mitte der Straße liegen wieder fünf Menschen. Der eine ist tot, von den anderen werden wir in den Zeitungen lesen . . .

Wir stehen unter einem Torbogen. Mir zittern die Knie vor Erregung. Ist das möglich?

Die Polizei zieht durch die Straße.

Hinter ihr schließt sich die Masse wieder. Man spricht über die gestrigen Toten und die, die vor fünf Minuten gefallen sind. Man weiß noch nicht, wer sie sind . . .

Rasch bildet sich ein Demonstrationszug. Zu den Pharus-Sälen, in die Müllerstraße, wo eine Protestversammlung stattfinden soll. Die Internationale lodert zum Abendhimmel empor. Eine Querstraße, dann noch eine. Wir sind in einem Park und werden vom Zug durch einen Straßenbahnwagen, der zwischen uns hindurchfährt, getrennt. Als sich der Straßenbahnwagen in Bewegung setzt (er hielt gerade an der Haltestelle, denn alles spielt sich ordnungsgemäß ab in der Stadt, nur daß die Polizei schießt und die Menschen sterben), flitzen zwei Polizeiautos auf der anderen Seite des Parks vorbei.

Schüsse krachen. Kurz, unbedeutend. Zwei Leute fallen hin, bis sie sterben, sind die Polizeiautos schon weit weg.

Man drängt uns in die Müllerstraße. Vor den Pharus-Sälen ein aufgestöbertes Straßenbild. Eine alte Frau erzählt etwas mit weit aufgerissenen Augen, was sicherlich gestern geschah. Sie weiß noch nicht, daß es auch vor einigen Minuten geschehen ist und daß es auch jetzt geschieht.

„Wie die Wilden . . . alles haben sie niedergeschlagen. Ein vierzehnjähriger Junge bekam zwei Hiebe auf den Kopf . . ."

Sie kann die Erzählung nicht beenden. Doppelpfiff des Polizeiautos. Uns gegenüber ist eine Straßenmündung, dort liegt Baumaterial, liegen Ziegel und Kieselsteine. Eine verdächtige Straße . . . dort könnten Barrikaden gebaut werden . . . Das Polizeiauto hält, und ehe wir uns besinnen, kracht eine Salve in die Straßenmündung hinein. Die Straße scheint leer zu sein. Das Polizeiauto fährt weiter . . .

Was war das wieder?

Ein junger Mann kommt aus der Straßenmündung herausgelaufen. Er weint: „Das kann man doch nicht mit ansehen . . . Der eine fiel tot hin . . . Nackenschuß . . . der andere bekam einen Bauchschuß . . . Ich stand dazwischen . . . Wo ist eine Bahre? . . . Der mit dem Bauchschuß lebt noch . . ."

Arbeitersamariter laufen hin.

Die Straße summt.

Die Polizei lauert: Wo könnte man noch einige Kugeln hineinfetzen? Ich bin verwirrt. Ich kam, um das Schlachtfeld des 1. Mai zu sehen, und sah, wie am *zweiten* Mai auf einem kleinen Fleck Berlins sieben oder acht Arbeiter ermordet wurden.

In der Untergrundbahn laute Gespräche, aber nicht besonders erregt: „Ja . . . in Neukölln auch . . . die Arbeiter besetzten die Barrikaden von gestern . . . Jjaaa . . . die Schupo kam mit dem Panzerauto. Drei Tote . . ."

Vor fünfzig Jahren

Am 1. Mai '29 in Berlin

Der 1. Mai 1929 in Berlin ist als „Blutmai" in die Geschichte eingegangen. An diesem Tag vor 50 Jahren ließ der sozialdemokratische Polizeipräsident Berlins, Zörgiebel, die Maidemonstrationen der Arbeiter von seiner Polizei zusammenschießen. Drei Tage lang kämpfte die Berliner Arbeiterschaft mutig gegen den Mordterror der Zörgiebel-Polizei.

Den Hintergrund der Berliner Maiereignisse bildete die Wirtschaftskrise, die seit dem Jahre 1928 immer größere Ausmaße annahm. Allein vom November 1928 bis Februar 1929 war die Zahl der Arbeitslosen im Deutschen Reich von 1,6 auf 3 Millionen angewachsen. Die Kapitalisten suchten die Lasten der Krise auf die werktätige Bevölkerung abzuwälzen. Die Arbeiterklasse setzte sich gegen die Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen, gegen Lohnabbau, Rationalisierung und Entlassungen in mächtigen Streikkämpfen zur Wehr. 1928 fielen infolge von Streiks 20 Millionen Arbeitstage aus — das waren 15mal soviel wie 1926. Der Einfluß der Kommunisten auf die Arbeiterklasse und ihre Kämpfe nahm ständig zu.

Angesichts der Krise, der wachsenden Arbeiterkämpfe, der Ausbreitung der revolutionären Stimmung im Volk forderten die Kapitalisten, die Schlotbarone und Bankiers, die Verschärfung des ohnehin schon reaktionären politischen Kurses. Sie bereiteten — offen und versteckt — die Liquidierung der parlamentarischen Ordnung der Weimarer Republik, die Errichtung einer faschistischen Diktatur vor. Die Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Arbeiterklasse und ihre revolutionären Organisationen — vor allem die KPD — wurden enorm verschärft. Mit den Millionen der Konzerne ausstaffiert, traten Hitlers NSDAP und ihre braununiformierten Terrorbanden gegen die Werktätigen an. Im November 1928 sperrten die Stahlbarone im Ruhrgebiet 128000 Arbeiter aus. Die SPD — sie stellte den Reichskanzler Müller, verschiedene Länderregierungen, Verwaltungs- und Polizeichefs etc. — unterstützte und förderte maßgeblich den reaktionären Kurs. Zörgiebel zum Beispiel verbot am 13. 9 ezember 1928 alle Demonstrationen und Versammlungen unter freiem Himmel auf unbeschränkte Zeit.

Dieses Demonstrationsverbot empfand die Berliner Arbeiterschaft zunehmend — besonders auch im Hinblick auf den näherrückenden 1. Mai — als Provokation; die KPD rief zur Durchbrechung des Demonstrationsverbotes auf. Am 1. Mai 1929 sammelten sich 200000 Demonstranten an den Stellplätzen; riesige Demonstrationszüge bewegten sich aus den Außenbezirken Berlins nach dem Stadtinneren. Zörgiebels Polizei ging brutal gegen die Menschenansammlungen vor und suchte die Demonstrationszüge auseinanderzuknüppeln. In der Mittagszeit des 1. Mai setzte die Polizei erstmals Schußwaffen ein; es kam zu blutigen Zusammenstößen. Die Arbeiter kämpften erbittert gegen die anrückende Polizei, errichteten Straßensperren und Verkehrshindernisse. In den Abendstunden des 1. Mai gingen die Arbeiter in Neukölln und im Wedding zu bewaffneten Abwehraktionen über. Mit Barrikaden wurden die bedrohten Arbeiterviertel gesichert und verteidigt. Die Kämpfe dauerten bis zum 3. Mai. In den drei Tagen wurden 31 Arbeiter von der Polizei ermordet, Hunderte verletzt, 1200 verhaftet.

Der „Blutmai" des Jahres 1929 war ein Etappenzeichen auf dem Weg in den Faschismus, den die deutsche Bourgeoisie beschritten hatte. Dem 1. Mai 1929 folgte das Verbot der „Roten Fahne" — des Zentralorgans der KPD — für sieben Wochen; folgte das Verbot des Rotfrontkämpferbundes; folgten unzählige Gerichtsverfahren mit hohen Zuchthaus- und Gefängnisstrafen gegen die Arbeiter, die sich ihr Recht auf die Maidemonstrationen nicht hatten nehmen lassen wollen. Auf den 1. Mai 1929 folgte der weitere „Vormarsch" der Nazis; folgte der weitere Abbau demokratischer Rechte; folgte am 30. März 1930 die Regierung Brüning, die mit ihrem Regime der „Notverordnungen" den Übergang zu einer faschistischen Diktatur markierte. — Der Mai 1929 öffnete vielen Arbeitern auch die Augen über die Rolle, die die SPD und ihre Führer bei der Durchsetzung des reaktionären arbeiterfeindlichen Kurses in Deutschland am Ende der zwanziger Jahre spielten. Wie der Name des Sozialdemokraten und „Bluthundes" Noske mit der Niederwerfung der deutschen Arbeiterklasse im Gefolge der Novemberrevolution, so bleibt der Name Zörgiebel mit dem Berliner Blutmai verknüpft, der der faschistischen Diktatur den Weg ebnen half.







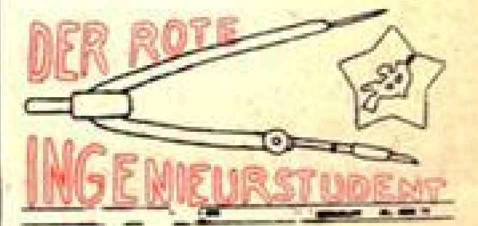








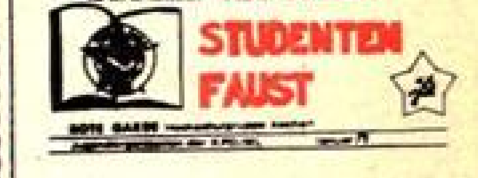
Zeitungen der Roten Garde









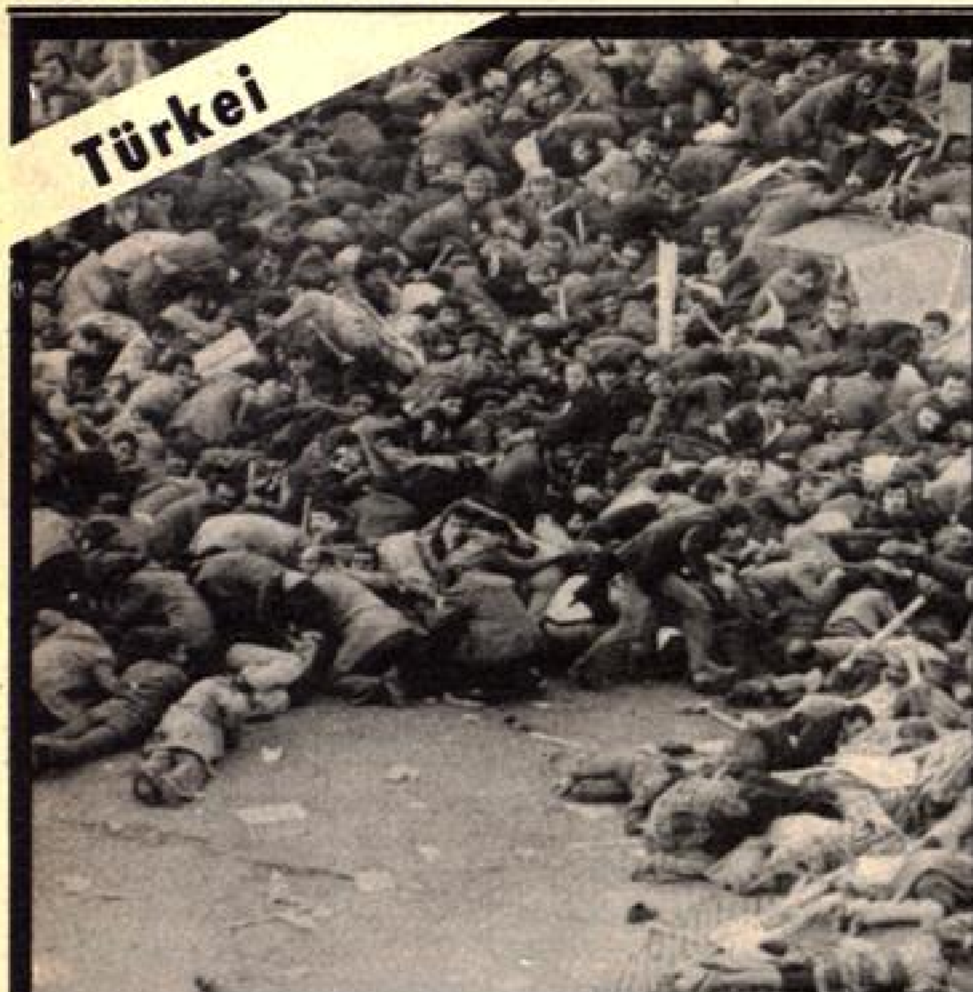






Türkei

1. Mai unter Kriegsrecht


1. Mai 1978, Istanbul: Die 400000 Menschen starke Demonstration wird von faschistischen Heckenschützen und Polizisten angegriffen. Sechs Menschen wurden erschossen, 28 durch Polizeipanzer und in der Panik erdrückt, zerquetscht, zertrampelt. Noch auf dem Kundgebungsplatz nahm uniformierte und zivile Polizei Verhaftungen vor. Vom Militär wurden Straßensperren errichtet, die die Demonstranten abfingen. Über 500 Menschen wurden verhaftet.

In den großen Städten, in weiten Gebieten der Türkei, sind in diesem Jahr Versammlungen und Demonstrationen zum 1. Mai, dem internationalen Kampftag der Arbeiterklasse, verboten. — In der letzten Woche stimmte das türkische Parlament für die Verlängerung des seit Dezember 1978 bestehenden Kriegsrechts in 13 Provinzen. Zugleich gab es seine Zustimmung zur Ausdehnung des Kriegsrechts auf sechs weitere Provinzen. Der türkische Kriegsrechtsverwalter, General Necdet Urug, drohte ein striktes Vorgehen der Militärbehörden gegen jede Verletzung der Ausnahmegesetze an.

Die Bekräftigung und Ausweitung des Kriegsrechts ist ein weiterer Schritt zur Errichtung einer offenen faschistischen Diktatur, wie sie Anfang der siebziger Jahre schon einmal in der Türkei bestanden hat. Anlaß der Verhängung des Kriegsrechts über 13 Provinzen der Türkei war das faschistische Massaker in der osttürkischen Stadt Maras Ende Dezember 1978, dem mindestens 100 Menschen zum Opfer gefallen waren. Das Kriegsrecht richtet sich jedoch nicht gegen die faschistischen Mörder — die faschistische Partei MHP des Oberst Türkes und ihren Ableger „Graue Wölfe" — die finden im Gegenteil noch die Unterstützung des Staates und seiner bewaffneten Organe —; das Kriegsrecht richtet sich gegen die Werktätigen der Türkei, ihren ständig sich verstärkenden Kampf, ihre revolutionären Organisationen; es richtet sich gegen die wahrhaften Marxisten-Leninisten der Kommunistischen Partei der Türkei – Aufbauorganisation, die in den Kämpfen der letzten Monate ihren Einfluß erheblich ausbauen konnte.

Die Arbeiterklasse, die Werktätigen der Türkei haben seit der Verhängung des Kriegsrechts in militanten Kämpfen Widerstand dagegen geleistet (siehe nebenstehenden Artikel). Sie werden die Bekräftigung und die Ausweitung des Kriegsrechts, sie werden die Provokation, die das Verbot der Mai-Versammlungen und -Demonstrationen bedeutet, auch nicht widerstandslos hinnehmen. Sie werden den Faschisten, den Militärs, den Kriegsrechtspolitikern und ihren imperialistischen Hintermännern die finsteren Pläne durchkreuzen. In ihrem Kampf können die Arbeiter und Werktätigen der Türkei auch der Solidarität der deutschen Arbeiter sicher sein.

Kämpfe gegen das Kriegsrecht in der Türkei

Das faschistische Massaker, das die herrschenden Klassen in der letzten Woche des vergangenen Jahres verübt haben, wurde in unzähligen Protestaktionen im ganzen Land verurteilt. An diesen Protestaktionen nahmen Tausende von Gymnasialschülern und Studenten teil. Mancherorts schlossen sich auch Beamte, Angestellte und Arbeiter an.

In Ankara, Istanbul, Izmir und Adana zum Beispiel haben Hunderte von Schülern und Studenten Protestaktionen gegen das Massaker organisiert. Ferner haben sie die Bildungsveranstaltungen boykottiert und stattdessen Veranstaltungen zu den Angriffen der faschistischen Diktatur durchgeführt.

Arbeiter, Angestellte und Beamte haben sich sowohl an diesen Aktionen beteiligt, als auch aus Protest gegen das Massaker die Arbeit verlangsamt. So haben zum Beispiel in Istanbul die Bediensteten und Arbeiter des zwischenstädtischen Verkehrs sowohl in den Morgenstunden, als auch nachmittags den Verkehr durch langsameres Fahren eingeschränkt.

In Dersim (Tunceli) haben etwa 8000 Menschen an einer großen Protestkundgebung gegen das Massaker in Maras und gegen das ausgerufene Kriegsrecht teilgenommen. Begonnen haben diese Protestaktionen in Dersim durch einen zweitägigen Schulboykott der Gymnasialschüler. An diesen Boykotts haben sich auch Hunderte von Schülern der Mittelschulen, der Berufsschulen, der Kunst- und Gewerbeschulen beteiligt. Diese Protestaktionen richteten sich nicht nur gegen das faschistische Massaker in Maras, sondern auch gegen die Verhängung des Kriegsrechts in 13 Provinzen unseres Landes. Der Haß gegen das faschistische Massaker und gegen das Kriegsrecht wurde gemeinsam zum Ausdruck gebracht.

Schon am 26. 12., als das Kriegsrecht verhängt wurde, haben Tausende von Menschen an einer illegalen Protestaktion teilgenommen. Am gleichen Tag noch haben sich die Geschäftsleute und Händler solidarisch mit diesen Aktionen erklärt und ihre Geschäfte für einen Tag geschlossen gehalten. Die Arbeiter und Angestellten haben an diesem Tag ihre Arbeit nicht aufgenommen. Auch die Staatsbeamten und Lehrer haben einen eintägigen Boykott organisiert aus Protest gegen die Morde und gegen das Kriegsrecht.

Als sich dann zu der illegalen Protestaktion 8000 Menschen trafen, zog dieser Demonstrationszug durch die Stadt. Während der Demonstration wurden ständig Parolen gerufen, die den Haß der Massen gegen die faschistische Diktatur zum Ausdruck brachten. Vor allem die Parole „Tod dem Faschismus — Freiheit dem Volk" oder „Wir werden die faschistischen Mörder zur Rechenschaft ziehen" erschütterten die ganze Stadt. Am Ende der Demonstration wurde noch eine Kundgebung abgehalten, auf der ein Vertreter der proletarischen Revolutionäre auch im Namen verschiedener Volksgruppen eine Rede hielt und das Massaker in Maras sowie das Kriegsrecht verurteilte.

Auch in Ankara fanden mächtige Protestaktionen gegen das Massaker statt. Gleich nachdem die Nachricht bekannt wurde, unternahm der Patriotische und Revolutionäre Jugendverein von Ankara, die AYDGD, alle Anstrengungen, eine Protestaktion zu organisieren. Als erstes rief die AYDGD alle antifaschistischen Organisationen zu einer Aktionseinheit auf. (. . .)

Die AYDGD jedoch führte ihre Aktivitäten weiter. In ihren Grundeinheiten wurden sofort die ersten Boykotts organisiert; die Schüler nahmen an den Schulveranstaltungen nicht teil, sondern führten Protestveranstaltungen gegen das Massaker durch. Nach diesen Boykotts an den Schulen unternahmen die AYDGD und andere Organisationen Protestaktionen auf den Camps der Universität Hacettepe.

4000 Menschen nahmen an dieser Veranstaltung teil. Es wurden Reden über das faschistische Massaker gehalten, das Kriegsrecht wurde entlarvt und die Notwendigkeit des Kampfes erklärt, Parolen wurden gerufen. Nachher beschloß man, das Dekanat zu besetzen. Nachdem man die Besetzung durchgeführt hatte, wurden Sicherheitsmaßnahmen für die zu erwartenden Angriffe der faschistischen Diktatur ergriffen. Barrikaden wurden aufgebaut, Wandzeitungen, Plakate und Transparente wurden erstellt, um somit alle Menschen in Ankara zu informieren. (. . .) Unzählige Flugblätter, Exemplare der Zeitung „Halkin Kurtulusu" und der Jugendzeitung wurden verteilt. Nachdem man gemeinsam revolutionäre Lieder und Märsche gesungen hatte, legten die Anwesenden den Eid auf die Revolution ab.

Auch in Gaziantep ergriff der dortige Jugendverein sofort


Schwerbewaffnete Soldaten und Panzer sorgen auf dem Campus einer Universität in Ankara für „Ruhe und Ordnung".

Maßnahmen, eine Aktionseinheit herzustellen und eine möglichst breite Protestaktion gegen das faschistische Massaker zu organisieren. (. . .) In vielen Schulen der Stadt wurden die Schulveranstaltungen boykottiert, stattdessen führten die jungen Patrioten und Revolutionäre Protestveranstaltungen gegen das faschistische Massaker und gegen das Kriegsrecht durch. Eine Demonstration wurde organisiert, die trotz der Angriffe der Polizei und der Armee-Einheiten nicht verhindert werden konnte. Vor dem Demonstrationszug wurde ein Transparent getragen, auf dem stand: „Wir werden Rechenschaft für das Massaker der faschistischen Diktatur fordern!" Am gleichen Tag wurde in einem anderen Stadtteil eine illegale Kundgebung durchgeführt. (. . .) An der Kundgebung nahmen über 500 Menschen teil. Nachdem eine kurze Rede gehalten worden war, setzten sich die Arbeiter, die Werktätigen und die jungen Menschen in Bewegung. Dieser nicht genehmigte Demonstrationszug marschierte über zwei Stunden durch die verschiedensten Stadtteile von Antep. Immer wieder erklangen die bekannten Parolen. Unzählige Flugblätter und Zeitungen wurden verteilt. Am Ende der Demonstration schloß sich kurz vor der Abschlußkundgebung noch eine Gruppe von 400 Menschen, die auf den Zug gewartet hatte, an. Diese annähernd 1000 Menschen legten nach der Abschlußrede eines proletarischen Revolutionärs den Eid auf die Revolution ab.

In Konya haben die patriotischen und revolutionären Kräfte auch Protestaktionen gegen das faschistische Massaker und gegen das Kriegsrecht organisiert und durchgeführt. Fast alle Schulen wurden boykottiert. Stattdessen führten die Schüler verschiedene Veranstaltungen durch, die von der faschistischen Polizei und von den Armee-Einheiten wild angegriffen wurden. Zweimal wurden in der Stadt illegale Kundgebungen durchgeführt. So zum Beispiel mitten im Zentrum. An dieser Kundgebung nahmen etwa 300 Menschen teil. 4000 bis 5000 Menschen verfolgten diese Kundgebung. In einem Café wurde eine illegale Versammlung mit mehr als 450 Menschen durchgeführt, auf der das faschistische Massaker verurteilt und der faschistischen Diktatur der Kampf angesagt wurde.

In Istanbul selbst wurden das faschistische Massaker und die Ausrufung des Kriegsrechts durch unzählige Protestaktionen, durch Boykotts und Demonstrationen verurteilt. In über 40 Gymnasien fanden Schulveranstaltungen nicht statt. Stattdessen wurden Protestveranstaltungen durchgeführt. Ebenso wurden die Vorlesungen an über zehn Fakultäten der Istanbuler Universitäten boykottiert. Neben den Fakultätsboykotts wurden sehr viele Kundgebungen mit Tausenden von Teilnehmern durchgeführt. Auch kam es zu mehreren nicht genehmigten Demonstrationen. Allein in Istanbul haben die bewaffneten Kräfte der faschistischen Diktatur über 300 junge Patrioten und Demokraten verhaftet, weil diese sich an verschiedenen Protestaktionen beteiligt hatten. Auch die Gefangenen, voran die politischen Gefangenen im Sagmacilar-Gefängnis, haben sich an den landesweiten Protestaktionen beteiligt. Neben Kundgebungen und Reden in den Gefängnissen führten die politischen Gefangenen mit der Unterstützung anderer Gefangener einen dreitägigen Hungerstreik durch.

Neben diesen erwähnten Protestaktionen wurden in vielen anderen Städten Aktionen gegen das faschistische Massaker und gegen die Ausrufung des Kriegsrechts durchgeführt. So zum Beispiel auch in Izmir, Eskisehir, Adana, Ceyhan, Bursa usw.

In allen diesen Protestaktionen brachten die breiten Volksmassen ihren unversöhnlichen Haß gegen die faschistische Diktatur zum Ausdruck. Nichts, kein faschistisches Massaker und kein Kriegsrecht können den Kampf unseres Volkes zum Stoppen bringen.

Tod dem Faschismus — Freiheit dem Volk!

(Aus: Türkei-Info, Nr. 2/79).

England

Polizeiaktion gegen Antifaschisten

Am Montag letzter Woche demonstrierten im Londoner Stadtteil Southall 5000 Antifaschisten gegen eine Kundgebung der rassistischen Nationalen Front. Die Polizei, die die Kundgebung der Rassisten schützte, ging mit äußerster Brutalität gegen die Antifaschisten vor und ermordete einen der Demonstranten.



Beobachter berichteten, daß in dem betroffenen Gebiet zusätzliche mobile Polizei-Einsatzgruppen aktiv waren, die auf versprengte Demonstranten einschlugen oder sie festnahmen. Dabei wurde der 31 Jahre alte, aus Neuseeland stammende Lehrer Blair Peach von Polizisten zweimal mit einem Knüppel über den Kopf geschlagen und schwerverletzt liegengelassen. Peach starb wenig später in einem Krankenhaus. — Die Polizei verletzte über 30 Demonstranten zum Teil schwer; 340 wurden festgenommen. Ein Teilnehmer kommentierte die Polizeiaktion: „Wer einen Polizeistaat in voller Aktion sehen wollte, hätte am Montagabend in Southall gewesen sein müssen."

Die faschistische Nationale Front fordert unter anderm die Registrierung und Ausweisung aller farbigen Bewohner Großbritanniens. Ihre Kundgebung in Southall war von vornherein als Provokation angelegt: Sie fand in einem Viertel statt, in dem über die Hälfte der Einwohner Einwanderer aus Indien sind.

Spanien

KKW-Demonstration in Madrid aufgelöst

In Madrid griffen am vergangenen Freitag mehrere Einheiten Bereitschaftspolizei die erste große Demonstration der Kernkraftgegner der spanischen Hauptstadt unter Einsatz von Rauchbomben und Gummiknüppeln an. Die 40000 Demonstranten setzten sich teils mit Steinen, Benzinbomben und Barrikaden zur Wehr, konnten jedoch nicht verhindern, daß die Demonstration aufgelöst wurde. Mehrere Demonstranten wurden verletzt, 30 festgenommen. Der Polizeieinsatz gegen die zunächst friedlich verlaufende Demonstration folgte einer Provokation durch faschistische Jugendliche, die den Zug mit Ketten angegriffen hatten.

In der baskischen Stadt Guernica hat ein neugebildeter Stadtrat beschlossen, dem verstorbenen Faschisten und ehemaligen spanischen Staatschef Franco die Ehrenbürgerschaft und die Stadtmedaille abzuerkennen. Guernica war während des spanischen Bürgerkriegs auf Geheiß Francos von der nazifaschistischen „Legion Condor" bombardiert und in Schutt und Asche gelegt worden. Von der Deutschen Bundesrepublik, dem Rechtsnachfolger des Hitlerstaates, fordert der Stadtrat Wiedergutmachung.

Preisanstieg, Mieterhöhung, Benzinpreiswucher, Steuerlast, immense Beiträge für Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung, Tarifabschlüsse, die kaum an die Inflationsrate heranreichen, Massenarbeitslosigkeit, Fiasko in den Rentenkassen — das alles geht einem so durch den Kopf, wenn man über unsere wirtschaftliche Lage, die Lage der werktätigen Bevölkerung nachdenkt.

Wirtschaftliche Lage der albanischen Werktätigen

Inflation und Arbeitslosigkeit? — unbekannt!

Wir möchten in dieser Ausgabe ein europäisches Ehepaar mit einem Kind vorstellen, das auf die Frage nach seiner wirtschaftlichen Lage ganz anders reagieren würde. Nennen wir die beiden Vaselika und Bashkim. Sie sind Staatsbürger der Sozialistischen Volksrepublik Albanien.

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit

Da es in ihrem Land genug Kindergartenplätze gibt, können sie ohne weiteres beide arbeiten gehen, Vaselika ist nicht an den Herd gefesselt. Sie arbeitet bereits zwölf Jahre in ihrem Betrieb, hat in dieser Zeit ihren Mittelschulabschluß gemacht und wird nach der höchsten Lohngruppe bezahlt. In ihrem Land gibt es keinen einzigen Fall, wo Frauen für gleiche Arbeit weniger Geld kriegen als Männer. Würde es vorkommen, so würde diese Ungerechtigkeit von den zuständigen Staatsorganen sofort streng geahndet.

Als sie ihr Söhnchen bekam, konnte sie sorglos ins Krankenhaus gehen, denn in ihrem Heimatland herrscht die geringste Kindersterblichkeit der Welt. Nach Ablauf des gesetzlich garantierten Schwangerschafts- und Wochenurlaubs konnte sie alle drei bis vier Stunden den Arbeitsplatz verlassen, um ihr Kind zu stillen, ohne einen Pfennig vom Lohn zu verlieren.

Ihr Mann Bashkim und sie brauchen sich nicht vor der Zukunft zu fürchten. Weder Arbeitslosigkeit noch Inflation drohen ihnen, und auch ihr Lebensabend ist durch eine großzügige Rentenregelung schon heute materiell gesichert.

Ein bis zwei Tageslöhne für die Miete

Doch zurück zur Gegenwart, sie wohnen in einem Neubauviertel. Ihre hübsche Wohnung hat drei Zimmer, Badezimmer, eine Kochnische und einen Balkon. Der Vermieter ist der Staat. In ihrem Land gibt es überhaupt keinen privaten Vermieter und niemand hat das Recht, Häuser zu kaufen, um sie dann zu seinem eigenen Vorteil zu vermieten.

Die Monatsmiete in ihrem Land ist vom Norden bis zum Süden einheitlich geregelt. Sie beträgt — kaum zu glauben — ein bis zwei Tageslöhne! Beide zusammen bringen sie im Monat 1 350 Lek nach Hause, der Kindergarten kostet sie einschließlich Verpflegung etwas über 100 Lek, die Monatsmiete noch einmal 23 Lek. Bleiben übrig für den privaten Verbrauch rund 1 200 Lek. Davon kaufen sie Lebensmittel, Einrichtungsgegenstände, eben alle Sachen, die man unter dem Begriff Konsumgegenstände zusammenfassen kann.

Die Steuern sind abgeschafft

Sie zahlen weder Steuern noch Arbeitslosenversicherung (denn es gibt keine Arbeitslosigkeit); sie zahlen weder Krankenversicherung noch Rentenversicherung. Für sämtliche Sozialausgaben kommt der Staat auf. Sollten sie unglücklicherweise durch einen Unfall oder eine schwere Krankheit teilweise oder ganz arbeitsunfähig werden, so ist auch in diesem Fall für ihre materielle Sicherheit gesorgt. Vaselika geht mit 45 oder 55 in Rente, je nach der Schwere der Arbeit, Bashkims Rentenalter liegt zwischen 50 und 60.

Wenn Vaselika oder Bashkim nach der Schicht einkaufen gehen, so finden sie Lebensmittel und andere Konsumgüter, die sie zum Leben brauchen, mit denkbar günstigen Preisen vor. Das Wort Preiserhöhung ist für sie praktisch ein Fremdwort, sie kennen es höchstens von Erzählungen und Berichten aus dem kapitalistischen Ausland.

Allerdings hat es in ihrem Land seit 1944 schon 14 kräftige Preissenkungen gegeben. Schon heute werden 85 Prozent der wichtigsten Konsumgüter im eigenen Land produziert, 1980 sollen es 90 Prozent sein. Die importierten Waren werden vom Staat subventioniert, so daß auch sie in den Geschäften zu stabilen Preisen angeboten werden und nicht den Schwankungen des Weltmarkts unterworfen sind.

An den 1. April 1976 können sich die beiden noch gut erinnern. An diesem Tage hatten das Zentralkomitee der Partei der Arbeit Albaniens und der Ministerrat wichtige Beschlüsse an der Lohn- und Gehaltsfront gefaßt.

Lohnkürzung für den Chef

Sie führten dazu, daß ihr Direktor und alle anderen leitenden Beamten in Betrieb und Verwaltung auf ihrem Lohn- oder Gehaltsstreifen zwischen 4 und 25 Prozent weniger Geld vorfanden. Gleichzeitig wurden die Gehälter der Hochschullehrer um 14 bis 22 Prozent gesenkt, die Hälfte der Zulagen für akademische Grade und Titel wurde gestrichen.

In der Begründung für diesen ungewöhnlichen Beschluß heißt es: „Diese Maßnahme von großer ideologisch-politischer Bedeutung zielt darauf ab, die Kader weiter zu revolutionieren, ihr Lebensniveau dem allgemeinen Niveau der Massen anzunähern und Karrierismus und Drang nach Büroarbeit und vielen anderen Übeln den Weg zu verlegen, die sich auf die bürgerlich-revisionistische Entartung auswirken."

Durch diesen Beschluß wurden die ohnehin schon geringsten Einkommensunterschiede der Welt auf das Verhältnis 1:2 verringert. Das freiwerdende Geld floß größtenteils in die ländlichen Gebiete. Die Löhne der Landarbeiter wurden erhöht, die Sozialversicherung verbessert.

Bei der Beschlußfassung über diese Maßnahme hatten das ZK und der Ministerrat besonders die Entwicklung der ehemals sozialistischen Länder des Ostblocks vor Augen. Daß dort heutzutage wieder eine privilegierte Klasse im Sattel sitzt und sich an der Arbeit der Massen mästet, ist mit auf die Vergrößerung der Einkommensunterschiede der einfachen Arbeiter auf der einen Seite und der Betriebsleiter, Verwaltungsmenschen, Parteifunktionäre usw. auf der anderen Seite, zurückzuführen.

Der Garant für alles — die Arbeitermacht!

In der Bundesrepublik ist das Schlagwort „Lebensqualität" eine beliebte Parole für den Wahlkampf. Auch Forderungen nach Preisstabilität und Vollbeschäftigung werden besonders in Wahlkampfzeiten lautstark erhoben. Doch weder Vollbeschäftigung noch Preisstabilität können herbeigeredet werden. Das albanische Volk hat die Verursacher und Nutznießer von Arbeitslosigkeit und Inflation, die Ausbeuterklasse der Kapitalisten und Großgrundbesitzer gestürzt. Seitdem erntet der albanische Arbeiter die Früchte seiner Arbeit in vollem Umfang, sie wandern nicht in die Tasche eines Kapitalisten. Das ist der Hauptgrund für den heutigen Wohlstand in Albanien, für das glückliche und von materiellen Sorgen freie Leben von Vaselika und Bashkim.



Arbeiterinnen einer Zigarettenfabrik in Shkodra: Sie können unbeschwert ihrer Arbeit nachgehen, die Kinder sind gut aufgehoben.

Höhensonne und doppelter Urlaub

Vor kurzem ging die Tarifrunde im Kohlebergbau des Ruhrgebiets mit einem miesen Ergebnis zu Ende. Abgesehen von der undiskutablen Lohn„erhöhung" zeigte sich auch, daß die Unternehmer nicht das geringste Interesse haben, die Arbeitsbedingungen zu verbessern.

Ganz anders ist es im sozialistischen Albanien. Obwohl Albanien in der technologischen Entwicklung noch nicht so weit wie unser Land ist, sind die Arbeitsbegingungen in den Schächten doch entschieden humaner. Am 17. Mai 1978 interviewte ein albanischer Radioreporter den Bergmann Halif Boxha. Wir drucken seinen Redebeitrag im folgenden ab.

„Jeder Bergarbeiter, der die Arbeit unter Tage beginnt, muß das 18. Lebensjahr vollendet haben, und er braucht einen Gesundheitspaß. Alle sechs Monate wird er von einem Facharzt untersucht. Nach der Untertagearbeit bekommen wir regelmäßig Höhensonnenbestrahlung. Alle vier bis sechs Monate bekommen wir kostenlos Arbeitskleidung, und wir haben alle notwendigen Ausrüstungen für die Arbeit unter Tage. Das Gesetz garantiert uns Bergleuten eine Reihe Privilegien zur Gesundheitsvorsorge. So haben wir zum Beispiel einen bis zu doppelt so langen Jahresurlaub wie andere Werktätige. Wir haben die Möglichkeit, unseren Urlaub in den schönsten Erholungsgebieten zu verbringen und müssen nur wenig dafür bezahlen. Im Krankheitsfall oder bei zeitweiliger Arbeitsunfähigkeit erhalten wir 95 Prozent unseres Lohns. Wir sind für die ganze Zeit unserer Berufstätigkeit und darüber hinaus bis ins Rentenalter, das wir mit 50 Jahren erreichen, das heißt zehn Jahre vor den anderen Werktätigen, vollständig versichert, und unsere Rente gehört zu den höchsten der Werktätigen."



Einstellungsarbeiten im Harnstoffwerk Fieri: „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit" — die Kollegin verdient keinen Pfennig weniger als der Kollege.

Erdbeben in Albanien

Deutsche Kommunisten bieten Hilfe an

Gegenwärtig hält sich eine Gruppe von Genossinnen und Genossen unserer Partei in der Sozialistischen Volksrepublik Albanien auf. Als sie vom Erdbeben erfuhren, boten die Genossen spontan ihre Hilfe an. Hier Auszüge aus der Grußbotschaft, die sie dem 1. Sekretär des ZK der PAA, Genossen Enver Hoxha, sandten:

„Lieber Genosse Enver Hoxha, Liebe Genossen!

Unser Gruppe, die sich aus Genossen der Kommunistischen ParteiDeutschlands/Marxisten-Leninisten zusammensetzt und zur Zeit in Albanien weilt, hörte von dem Erdbeben, das in Eurem Land ernsthafte Auswirkungen hatte. Wir erfuhren mit tiefem Bedauern von den großen Schäden und dem Unglück, verursacht durch das Erdbeben in den Gebieten Shkodra und Lezha. Bei dieser Gelegenheit bringen wir unsere solidarischen Gefühle des proletarischen Internationalismus zum Ausdruck und bitten Euch, unser aufrichtiges Beileid an die Familien der Opfer weiterzuleiten.

Im Falle dieses großen Unglücks wurden wir auch besonders durch den hohen revolutionären Geist beeindruckt, durch den das albanische Volk charakterisiert ist, von seinem revolutionären Optimismus, von der Entschlossenheit der Bevölkerung der betroffenen Gebiete und der des ganzen albanischen Volkes, jede Schwierigkeit zu überwinden, wie auch die Folgen des Erdbebens innerhalb kürzester Zeit zu beseitigen. (...)

Wie immer wird die Arbeit von allen Organen und Organisationen der Massen, von allen Kollektiven in Stadt und Land organisiert, um — auf die eigene Kraft gestützt — nicht nur die vorläufigen Schwierigkeiten zu bewältigen, die durch das Erdbeben verursacht wurden, sondern auch, um die Pläne des laufenden Fünfjahrplans zu erfüllen und überzuerfüllen.

In solchen Fällen geschieht in den kapitalistischen und revisionistischen Ländern das genaue Gegenteil. Die Menschen dieser Länder sind ihrem Schicksal überlassen, sogenannte internationale Hilfe wird erwartet, die Korruption blüht, die Spekulanten werden dick, die Armut der Menschen, die jahrelang ohne Heim bleiben, nimmt zu. In diesen Ländern gilt wie immer auch in diesem Fällen das Gesetz des Dschungels, des Profits, auf Kosten des arbeitenden Volkes.

In dieser großen Katastrophe wünschen wir, die deutschen Marxisten-Leninisten, Kampfgenossen des albanischen Volkes, Euch von ganzem Herzen vollen Erfolg bei der Beseitigung der Folgen des Erdbebens und bei der Ausführung der Aufgaben des Plans.

Wir haben die Lage diskutiert, die durch diese Katastrophe entstanden ist, und wir drücken — erfüllt von den hohen Gefühlen des proletarischen Internationalismus — einstimmig unsere Bereitschaft aus, der Bevölkerung der betroffenen Gebiete zur Hilfe zu eilen, zusammen mit unseren albanischen Brüdern zu arbeiten, um so unseren bescheidenen Beitrag zu leisten.

Es lebe das albanische Volk, angeführt von der Partei der Arbeit Albaniens, mit Genossen Enver Hoxha an der Spitze!

Es lebe die kämpferische Freundschaft zwischen der Partei der Arbeit Albaniens und der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten!

Mit brüderlichen, kommunistischen Grüßen!

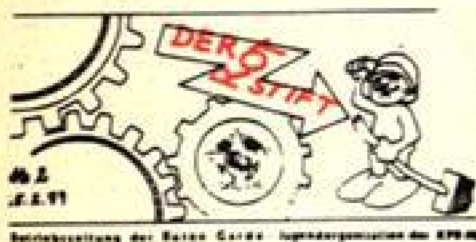
(Eine Rückübersetzung aus dem Englischen nach ATA).

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE		
	1. Programm		
13.00-13.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
14.30-15.00	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
16.00-16.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
18.00-18.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
19.00-19.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
19.00-19.30	1394 kHz	215 m	MW
	2. Programm		
21.30-22.00	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1457 kHz	215 m	MW
23.00-23.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1457 kHz	206 m	MW
06.00-06.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1394 kHz	215 m	MW



Zeitungen der Roten Garde











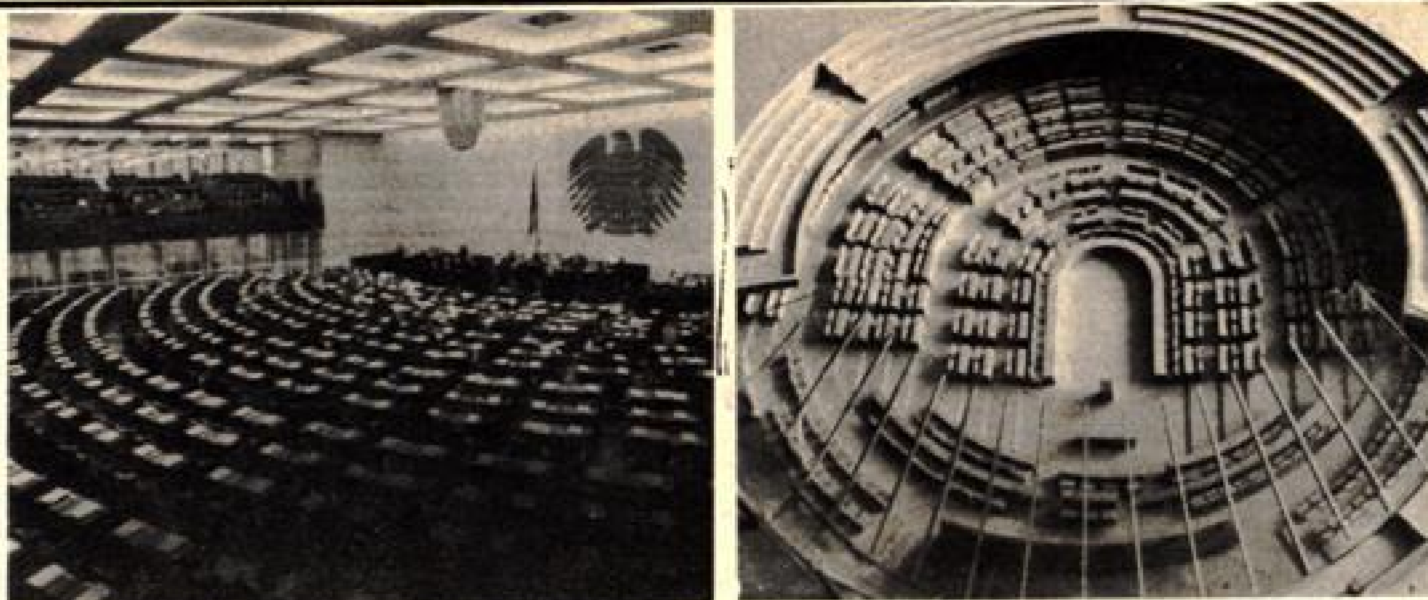




Bauernzeitungen der KPD/ML







Die Leere des Parlamentes — das Bild zeigt die Energiedebatte am 15. Juni 1977 im Bundestag — wird durch bauliche Veränderung in Zukunft geschickt dem Blick der Öffentlichkeit entzogen.

Bundestagsneubau

Das Desinteresse der sogenannten Volksvertreter am höchsten bundesdeutschen Organ, dem Bundestag, wird mehr und mehr zu einem brennenden Problem des hiesigen Parlamentarismus. Verschiedene Politiker von Gewicht, sogar der Bundestagspräsident, der schwarze Carstens, haben sich schon öffentlich darüber beklagt. Und ab und zu enthüllt während einer Parlamentsdebatte eine Kamerafahrt auch dem Fernsehzuschauer die Misere in den Abgeordnetenbänken: Gähnende Leere, während am Rednerpult oben die höchsten Belange der westdeutschen Bevölkerung zerredet, verschworen, zerhandelt und zertreten werden!

Durch einen wahrhaft salomonischen Schachzug wollen die Bundespolitiker dem unwürdigen Zustande nun abhelfen: Der Bundestag wird bis etwa 1985 um- oder vielmehr neu gebaut. In dem zukünftigen Allerheiligsten der Demokratie werden dann die Abgeordnetenränge so angeordnet sein, daß über 300 der insgesamt 518 Plätze unter der Zuschauertribüne verborgen liegen. Keine Fernsehkamera wird in diesem künftigen Plenarsaal mehr das ganze Ausmaß der bereits sprichwörtlichen Leere wiedergeben können. So endlich — meinte die Bundestagsvizepräsidentin Renger — entstehe ein „intimer Eindruck für Debatten".

Die kosmetische Korrektur dürfte indessen schon die wesentlichste Neuerung des gesamten Bundestagsneubaus überhaupt sein. Der neue Plenarsaal soll im übrigen auf einer Fläche von 1 400 Quadratmetern kreisrund die ansteigenden Abgeordnetenränge um das Rednerpult nebst Mikrophon gruppieren, vor dem die Herren auch in Zukunft zu brillieren gedenken.

Der Bundestagsneubau soll — wenn man den Verantwortlichen in dieser Sache Glauben schenken darf — kein Protzbau werden. Wir werden sehen! Jedoch, ob Protzbau oder nicht — sicher ist heute schon, daß das Projekt immense Summen verschlingen wird. Allein das neue Bundeshaus wird — nach dem Stand von heute, Teuerungen nicht inbegriffen — etwa 700 Millionen Mark kosten. Wer fragt da noch, wo unsere Steuergelder bleiben?

Allein an Planungskosten für das neue Gebäude der Demokratie sind bislang schon fünf Millionen Mark verbuttert worden. Schon seit 1973 wursteln die Planungsexperten über ihren Konstruktionen und Modellen. Da geht es etwa darum, ob die Bundestagsstenographen in einer Art „Orchestergraben" verschwinden oder ob sie auf der Höhe des parlamentarischen Geschehens belassen werden sollen. Läßt man sie oben, dann stören sie — wie es heißt — durch ihr ständiges Kommen und Gehen die „Debatten" — was wiederum die Einrichtung eines Tunnels vonnöten machte. Versenkt man sie dagegen im „Orchestergraben", dann können sie womöglich nicht ihrer Aufgabe gemäß jeden Furz, den ein Abgeordneter läßt — pardon! — jeden Zuruf namentlich erfassen. Wirklich: ernste Probleme! Trotz angestrengten Regierens haben die Verantwortlichen die sauberste Lösung in dieser Frage noch nicht gefunden!

Fest steht allerdings schon, daß der neue Bundestag unter anderem auch über eine Sauna und eine Schwimmhalle verfügen soll. — Schließlich müssen ja genügend Freizeitmöglichkeiten für die parlamentarischen Statisten geschaffen werden, die in Zukunft durch die neue, kosmetisch-verhüllende Bauweise des Bundestags noch weniger gebraucht werden . . .

Skylab-Absturz

Die 85 Tonnen schwere Raumstation Skylab wird voraussichtlich am 21. Juni dieses Jahres auf die Erde stürzen. Das wurde nun von der US-amerikanischen Raumfahrtbehörde NASA bekanntgegeben. Auch Süddeutschland liegt nach bisherigen Verlautbarungen in der vom Absturz gefährdeten Zone.

Die Bekanntmachung der NASA wurde — wie immer — mit Beschwichtigungserklärungen verbunden. Die Wahrscheinlichkeit, hieß es, daß ein Mensch getroffen werde, sei so gering wie die Wahrscheinlichkeit, von einem Meteoriten getroffen zu werden — und das habe es seit 200 Jahren nicht mehr gegeben.

Vielen Menschen drängt sich jedoch der Eindruck auf, daß die Verantwortlichen über das wahre Ausmaß der Gefährdung hinwegzutäuschen suchen. Die Flugbahn der Raumstation verläuft nicht nur über Meere, sondern auch über die dichtbesiedeltsten Gebiete der Erde.

Die Raumstation ist so groß wie ein Wohnhaus. Beim Eintritt in die Erdatmosphäre wird sie nicht vollständig verglühen. 400 bis 500 besonders massive und hitzebeständige Trümmerteile werden die Erde treffen, darunter zwei Riesenbrocken mit einem Gewicht von zwei Tonnen. Die Bruchstücke werden auf einem Korridor von 6000 Kilometer Länge und 150 Kilometer Breite niedergehen.

Zur Illustration: Würde die Kapsel knapp südlich des 50. Breitengrades über Europa und Asien abstürzen, dann wäre ein Gebiet betroffen, das von der französischen Atlantikküste über Nordfrankreich, Süddeutschland, die Tschechoslowakei und Südrußland bis weit hinter den Ural reicht.

„Akte Bertolt Brecht"

Der US-Geheimdienst CIA hat Bertolt Brecht nicht nur während der Emigration in den USA, sondern auch in Ostberlin bis zu seinem Tode 1956 bespitzelt. Dies enthüllte der amerikanische Literaturwissenschaftler James Lyon (Universität von San Diego).

Der CIA leitete die gesammelten „Informationen" an das amerikanische Bundeskriminalamt FBI weiter, das eine „Akte Brecht" anlegte. Die Geheimdienstakte, die im Jahre 1943 beginnt, umfaßt 1 000 Seiten. Das Material gliedert sich in drei Arten von Informationen: Telefonüberwachung, Briefkontrolle und Berichte von Informanten. Deren Namen sind allerdings vom FBI mittlerweile aus den Papieren getilgt worden.



Sonntag, 6. Mai, 20.05 Uhr, Südwest III: **Heitere Literatur.** Zum Thema Pädagogik. Mit Texten von Erich Kästner, Egon Erwin Kisch, Karl Valentin, Wilhelm Busch u.a.

\+ + +

Sonntag, 6. Mai, 21.50 Uhr, Hessen III: **Die Hündin.** Französischer Film aus dem Jahr 1931. Regie führte Jean Renoir, der „Meister des französischen Realismus".

\+ + +

Dienstag, 8. Mai, 20.15 Uhr, Hessen III: **Die große Illusion.** Französischer Spielfilm aus dem Jahr 1937 mit Jean Gabin, Pierre Fresnay u.a. Regie: Jean Renoir.

\+ + +

Mittwoch, 9. Mai, 20.00 Uhr, DDR-Fernsehen II: **Rote Glut über Kladno.** Tschechoslowakischer Fernsehfilm über die Geschichte der tschechoslowakischen Arbeiterbewegung.

\+ + +

Mittwoch, 9. Mai, 20.15 Uhr, WDR III: **Die neuen Nazis.** Gefahr oder Bagatelle? Studiodiskussion über Neonazis in der Bundesrepublik. Zu dieser Diskussion ist ein Anruf erwünscht. Die Telefonnummer ist 0221 / 2871.

Teures „Europaparlament"
Maden im Speck

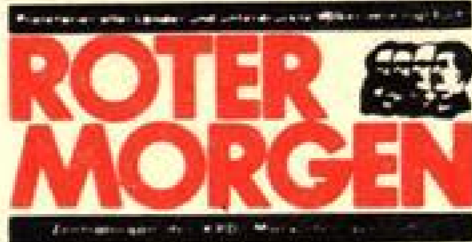
Ein guter Teil der Kosten des sogenannten Europaparlamentes ist allein dem Umstand zuzuschreiben, daß seine „Tätigkeit" auf drei Orte — Luxemburg, Straßburg, Brüssel — verteilt ist und nicht in eigenen Gebäuden stattfindet.

Aus einem Bericht des Haushaltsausschusses dieses Parlamentes geht hervor, daß Europas „Wanderzirkus" 1978 rund 15 Prozent des Parlamentshaushaltes oder mehr als 40 Millionen Mark verschlungen hat. Fast 30 Millionen davon sind allein für Miete von Gebäuden und Büroraum in Straßburg, Luxemburg und Brüssel und die damit zusammenhängenden Nebenkosten ausgegeben worden. Rund sechs Millionen wurden für Reisekosten von mehr als 800 Beamten bezahlt, die monatlich zwischen den drei Orten hin und her pendelten, um an Sitzungen oder Ausschüssen teilzunehmen. Weitere fünf Millionen kostete der Transport der im Parlamentsjargon sogenannten „Kantine" — das sind tonnenweise Dokumente, die in grünen Kisten verpackt, ständig hin und her bewegt werden müssen.

Nach den europäischen Direktwahlen werden sich die Ausgaben für den „Wanderzirkus" nach Angaben von Fachleuten verdoppeln, wenn nicht gar verdreifachen. Dann müssen statt der bisherigen 198 Abgeordneten 410 Parlamentarier mit ihrem Troß an den verschiedenen Arbeitsorten untergebracht werden. Die zu bewegenden Papierberge werden sich dann ebenfalls vergrößern. Erst ein einstimmiger Beschluß des EG-Ministerrats könnte diesen Zustand ändern. Doch dazu war dieses Gremium bisher nicht in der Lage, und wird es aller menschlichen Voraussicht nach auch in Zukunft nicht sein.

Die Handlungsunfähigkeit der Euro-Parlamentarier in dieser Frage ist allerdings nicht ganz unlogisch. Drei Regierungsstädte — das sind drei Seiten Speck, auf denen die parlamentarischen Maden üppiger gedeihen können als auf nur einer.

Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML!



Verlag
Roter Morgen
Postfach 30 05 26

4600 Dortmund 30

Hiermit bestelle ich:

Abonnement ab Nr. .....

○ für 1 Jahr ○ für 1/2 Jahr ○ Probenummer

Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Unterschrift: .... Datum: ....

(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Die Zahlung erfolgt:

○ jährlich **DM 60,—** ○ halbjährlich **DM 30,—**

Die jeweiligen Gebühren werden mit Erhalt der ersten Lieferung per Nachnahme eingezogen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um 1 bzw. um 1/2 Jahr, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird (ausgenommen sind Geschenkabonnements). Kündigungen, die nach dieser Frist eingehen, werden nicht berücksichtigt.

Parteibüros der KPD/ML und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

ZENTRALKOMITEE DER KPD/ML, REDAKTION „ROTER MORGEN", 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92.

5100 **AACHEN**, Viktoriastr. 35, geöffnet: Di 16.30-18.30, Fr 17.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

4800 **BIELEFELD** 1, Parteibüro der KPD/ML, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr

4630 **BOCHUM**, Parteibüro der KPD/ML, Dorstener Str. 86, Tel.: 0234 / 51 15 37, geöffnet: Do 16.00-18.30 Uhr.

2800 **BREMEN** (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 39 38 88, geöffnet: Mo, Mi, Do 16.00-18.00, Sa 10.00-13.00 Uhr.

6100 **DARMSTADT**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Neue Zeit", Kasinostr. 55, geöffnet: Di, Do u. Fr 16.00-18.30, Mi 12.00-13.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

4600 **DORTMUND** 30 (Hörde), Parteibüro der KPD/ML, Wellinghofer Straße 103, Tel.: 0231 / 43 36 91 u. 43 36 92, geöffnet: Mo-Fr 14.00-18.00, Sa 9.00-14.00 Uhr.

4100 **DUISBURG** 11 (Hamborn), Kontaktmöglichkeit zur Partei: „Bücherstube", Alleestr. 49, Tel.: 0203 / 55 06 23, geöffnet: Mo-Fr 9.00-13.00 u. 15.00-18.30, Sa. 9.00-14.00 Uhr.

4300 **ESSEN**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Helenenstr. 35, Tel.: 0201/ 62 42 99, geöffnet: Do 16.00-18.30 Uhr.

2390 **FLENSBURG** (Duburg), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Burgstr. 5, geöffnet: Sa 10.00-12.00 Uhr, Tel.: 0461 / 2 96 01.

6000 **FRANKFURT** (Bockenheim), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchhandlung Richard Dröge, Kurfürstenplatz 34, Tel.: 0611 / 77 12 00, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

7800 **FREIBURG**, Parteibüro der KPD/ML, Klarastr. 29, geöffnet: Di u. Do 17.00-19.00 Uhr, Sa 10.00-13.00 Uhr.

2000 **HAMBURG** 6, Buchladen „Roter Morgen", Schulterblatt 98, Tel.: 040 / 430 07 09, geöffnet: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

3000 **HANNOVER**, Buchladen „Roter Morgen", Elisenstr. 20, Tel.: 0511 / 44 51 62, geöffnet: Di-Do 17.00-19.00, Sa 9.00-13.00 Uhr.

7100 **HEILBRONN**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: „Ernst-Thälmann"-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di u Fr 17.00-19.00 Uhr.

3500 **KASSEL**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Arbeiterbuchladen „Klartext", Mittelgasse 9, Tel.: 0561 / 1 65 07, geöffnet: Mi-Fr 15.30-18.00, Sa 10.00-13.00 Uhr.

2300 **KIEL** 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 56 77 02, geöffnet: Mo-Mi u. Fr 9.00-13.00 u. 15.00-18.00, Do 9.00-13.00 u. 15.00-18.30, Sa. 9.00-13.00 Uhr.

5000 **KÖLN** 91, Buchladen „Roter Morgen", Kalker Hauptstr. 70, Tel.: 0221 / 85 41 24, geöffnet: Mo, Di, Do, Fr 17.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

6700 **LUDWIGSHAFEN** (Friesenheim), Buchhandlung „Neue Zeit", Ruthenstr. 1, Tel.: 0621 / 69 71 09, geöffnet: Mo-Fr 15.30-18.30, Sa 9.30-13.00 Uhr.

8000 **MÜNCHEN** 5, Buchhandlung „Roter Morgen", Frauenhoferstraße 13, Tel.: 089 / 260 75 54, geöffnet: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

8500 **NÜRNBERG**, Parteibüro der KPD/ML, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911 / 43 80 43, geöffnet: Mi-Fr 17.00-19.00, Sa 10.00-14.00 Uhr.

7000 **STUTTGART** 1, Parteibüro der KPD/ML, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 43 23 88, geöffnet: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

SEKTION WESTBERLIN, 1000 Westberlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Sprengelstr. 40, Tel.: 030 / 465 39 66, geöffnet: Mo, Di, Do u. Fr 11.00-18.00, Mi 15.00-18.00 u. Sa 10.00-13.00 Uhr.